LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode/ 23.Sitzung.
4. Sitzungsperiode 1931.

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag,den 13.Oktober 1931 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 35 Minuten).

Die Regierungskommission ist vertreten durch Herrn:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Becker (Z)-Saarbrücken.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor; sie umfaßt folgende Punkte:

I. Wahl der Beisitzer und ihrer Stellvertreter;

II. Bildung der Kommissionen;

III. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Änderung des § 7 der Verordnung über die Aufwertung von Sparkassenguthaben;

2) Änderung des Kirchensteuerrechts;

3) Abänderung des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen;

4) Abänderung der Verordnung betr. Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Saargebiet;

5) Waffenbesitz;

6) Waffenmißbrauch.

Wir beginnen mit Punkt 1 der Tagesordnung betr.:

Wahl der Beisitzer und ihrer Stellvertreter.

Meine Herren, Sie wissen, daß durch den Wegzug des Herrn Abgeordneten Daub, die Stelle als Beisitzer freigeworden ist. Außerdem ist durch die Teilung der Kommunistischen Partei eine derartige Verschiebung zu verzeichnen, daß die Neuwahl der Beisitzer angezeigt erscheint.
Gleichfalls ist vorgesehen auch die Stellvertreter zu wählen.

Die Stimmzettel sind verteilt. Ich darf zwei Herren der stärksten Parteien zum Vorstandstisch bitten, um das Ergebnis festzustellen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg. Hey (KP): Wir betrachten uns als die zweitstärkste Partei im Saargebiet gemessen an den auf unsere Partei entfallenen Stimmen der letzten Wahl.
Wir schlagen vor, anstelle des Herrn Daub, Herrn Abgeordneten Heckler zu wählen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Wir schlagen vor, als Beisitzer Herrn Abgeordneten Schneider zu wählen, und als dessen Stellvertreter Herrn Abgeordneten Lieser !

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KPO): Ich ersuche für den ausgeschiedenen Herrn Daub einen Ersatz zu wählen und die anderen Stellen zu belassen.

Vorsitzender: Es ist nach der Geschäftsordnung Vorschrift, neu zu wählen.

- Prüfung der abgegebenen Wahlzettel -

--

Vorsitzender: Meine Herren! Das Ergebnis ist folgendes:

Es entfielen auf die Abgeordneten	Heckler	8	Stimmen
"	Schneider	4	"
"	Lieser	18	"
"	Diehl	15	"
"	Schmoll	13	"
"	Reichard	2	"

Damit wären zu Beisitzern gewählt die Herren:

Lieser mit 18 und Diehl mit 15 Stimmen.

Als Ersatzleute wären gewählt die Herren:

Schmoll mit 13 und Heckler mit 8 Stimmen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

Abg. Lieser (SP): Meine Herren! Ich danke Ihnen für das Vertrauen. Ich bin aber trotzdem nicht in der Lage, das Amt anzunehmen, weil es bisher so war, die Personen zu wählen, die von der Partei vorgeschlagen waren. Ich verzichte darauf.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Diehl!

Abg. Diehl (DSV): Ich danke Ihnen für das Vertrauen und nehme für meine Partei das Amt an.

Vorsitzender: Es sind somit die Herren Schmoll und Diehl zu Beisitzern gewählt. Ich darf die Herren bitten, hier am Vorstandstisch Platz zu nehmen.

Vorsitzender: Wir kommen nun zu Punkt II der Tagesordnung betr.:

Bildung der Kommissionen.

Es wird empfohlen, die Kommissionen in der bisherigen Form bestehen zu lassen. - Widerspruch erhebt sich nicht-. Ich stelle somit Ihr Einverständnis fest.

Von den dem Landesrat zugegangenen Vorlagen werden

Vorlage	1	in die	3.und 5.	Kommission
"	2	" "	1. " 6.	"
"	3 u.4	" "	7.	Kommission
"	5 u.6	" "	4.und 5.	Kommission verwiesen.

Damit wäre die eigentliche Tagesordnung erschöpft.

Es liegen nun seitens sämtlicher Parteien eine Anzahl Anträge vor. In der Fraktionsführerbesprechung ist man darüber übereingekommen, daß die Anträge in einer allgemeinen Aussprache ihre Behandlung erfahren.

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Zur

Allgemeinen Aussprache

erteile ich als erstem Redner dem Abgeordneten Kiefer das Wort!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Die Zentrumsfraktion hat sich erlaubt, dem Landesrat einige Anträge vorzulegen, um deren Annahme sie bittet.

Der erste Antrag beschäftigt sich mit der

Stillegung von Gruben

und lautet:

"Wie bestimmt verlautet, plant die Verwaltung der im französischen Staatsbesitz befindlichen Saargruben einige Gruben stillzulegen. Von diesem Schicksal wurden schon die Grube Dilsburg und die Schachtanlagen Josepha und Rudolf der Inspektion 2 - Luisenthal-ereilt. In naher Zeit soll als weitere Anlage die Grube Altenwald stillgelegt werden.

Von diesen Maßnahmen wird nicht nur die betreffende Grubenbelegschaft sehr hart betroffen, sondern die Betriebsgemeinden werden ebenfalls in stärkste Mitleidenschaft gezogen. Für die ganze Bevölkerung erwächst aus der Stillegung von Gruben großer wirtschaftlicher Nachteil."

Einige Worte der Begründung dazu!

Sie wissen, daß seit einiger Zeit Gerüchte über weitere Grubenstillegungen nicht nur die Bergleute, sondern auch die betr. Betriebsgemeinden und die übrige Bevölkerung des Saargebietes in starker Unruhe halten. Das ist natürlich, denn der größte Teil der Bevölkerung des Saargebietes ist in seiner Existenz mit den Gruben verwurzelt. Mit unversorgten Familienangehörigen, um nur ein Beispiel zu nennen, bezogen am Jahresanfang immer noch - ohne die Beamten und ohne die Bergleute der Grube Frankenholz- rund 170 000 Personen ihren Unterhalt aus dem staatlichen Saarbergbau. Rechnet man die Beamten und die Frankenholzer Belegschaft hinzu, dann dürften es über 180 000 Personen sein. Nun wurde schon die Existenzgrundlage der Bergleute durch die Stillegung der Grube Dilsburg, der Schächte Rudolf und Jsepha von Inspektion II geschmälert und die vor Wochen aufgetauchten Meldungen nannten in erster Linie die Grube Altenwald, die als nächste zur Stillegung käme. Anfragen bei der Bergwerksdirektion wurden dahin beantwortet, daß die Meldung nicht richtig sei. Die Bergarbeiterorganisationen ließen aber nicht locker und haben am Samstag die Generaldirektion erneut um Auskunft angegangen. Die Generaldirektion hat jetzt die Stillegung bestätigt, allerdings soll sie nicht vor dem Frühjahr erfolgen. Es ist aber keine Sicherheit gegeben, daß sie nicht vorgenommen wird. Falls nun die Grube Altenwald im Frühjahr stillgelegt wird, müssen wir bedenken, daß die Ortschaften, die dort Bergleute beschäftigt haben, sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden. In Altenwald waren am 1.Januar ds.Js. 928, in Sulzbach 1209, in Hühnerfeld 657, Friedrichsthal 953

und

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4 I

und in Neuweiler 169 Bergleute ansässig, die zum Teil, wenn es zur Stillegung der Grube kommt, um Arbeit und Brot kommen. Daneben werden aber auch die Betriebsgemeinden schwer geschädigt, denn auch ihre Existenz ist in weitgehendem Maße auf dem Bergbau aufgebaut. Neben der Verringerung der Zahl ihrer beschäftigten Einwohner erleiden sie große Verluste an Steuerausfällen und sie erleiden auch einen großen Verlust durch das Verlorengehen des Einkommens früher beschäftigter Menschen. Die Folgen, meine Herren, werden sowohl für die Familien, wie auch für diese Gemeinden katastrophal sein. Und bei der Grube Altenwald allein soll es nicht bleiben.

Nun haben wir uns zu fragen, wie wir diesen Absichten begegnen können. Meines Erachtens ist mit einer Stillegungsverordnung nicht beizukommen, um das drohende Unheil zu verhüten. In §§ 12 bezw. 23 des Saarstatuts ist festgelegt, daß ohne Befragung des französischen Staates keine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über den Bergwerksbetrieb getroffen werden darf. Warum müssen wir heute einen dringenden Appell an die Regierungskommission richten. Es ist ihre Aufgabe, das Wohlergehen der Bevölkerung zu schützen und zu fördern und dieser Aufgabe muß sie nachkommen. Frankreich ist eins der europäischen Industrieländer, die auf Kohleneinfuhr angewiesen sind und Frankreich bekam durch den Versailler Vertrag unsere Kohlengruben als unumschränktes Eigentum zugesprochen, angeblich als Ersatz für die im Kriege zerstörten Gruben Nordfrankreichs. Frankreich gab nun unsere Gruben nicht heraus, als die Gruben Nordfrankreichs nicht nur wieder völlig hergestellt waren, sondern auch ihre Friedensförderung weit überschritten hatten. Die Tatsache des Behaltens der Saargruben legt ihm die doppelte Pflicht auf, ausbeutungsfähige Gruben weiter zu betreiben, zumal es im eigenen Lande Absatzmöglichkeiten besitzt. Nach glaubwürdigen Meldungen aus Belegschaftskreisen der Grube Altenwald liegt der Leistungseffekt pro Kopf und Schicht aller unter und über Tage beschäftigten Arbeiter noch über 1000 kg. Bei einem solchen Leistungseffekt kann man nicht von Unrentabilität reden und wir ersuchen daher die Regierungskommission alles zu unternehmen, sowohl beim französischen Staat als auch bei der Generaldirektion der Saargruben, daß es nicht zu Stillegungen kommt. Sie hat auch die Pflicht, an den französischen Staat stärker als bisher heranzutreten, daßer der Saarkohle in Frankreich mehr Absatz besorgt. Und ein weiteres hat die Regierungskommission zu tun, den Absatz der Saarkohle im Saargebiet selbst zu schützen.

Diese Frage behandelt der zweite Antrag betr.:

<u>Einfuhr polnischer und holländischer Kohle ins Saargebiet.</u>

" Die Saargruben erlitten wegen Absatzmangel allein in diesem Jahre schon 41 Feierschichten. Der dadurch entstandene Lohnverlust beträgt mindestens rund 80 Millionen Franken. Dieser große Schaden kann nur durch Hebung des Absatzes beseitigt werden.

Wie nun feststeht, werden zur Zeit größere Mengen ausländischer Kohlen, insbesondere aus Polen, ins Saargebiet eingeführt. Dadurch wird der Absatz an Saarkohle im Saargebiet selbst verringert. Die Folgen treffen in erster Linie die schon sehr notleidende Bergarbeiterschaft unseres einheimischen Bergbaues.

Der Landesrat ersucht daher die Regierungskommission in aller Dringlichkeit, die notwendigen Schritte zur Verhinderung der unsere Bergleute schädigenden Kohleneinfuhr zu unternehmen."

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4 I

Meine Herren! Die polnische Kohle dringt auf dem Kontinent immer weiter vor. Sicherlich nicht nur auf Grund der in Polen gezahlten Jammerlöhne, sondern auch auf Grund staatlicher Subventionen, die in Gestalt großer Frachterleichterungen bis zum Meere gewährt werden. Die Absatzgrundlage der Saarkohle im Saargebiet ist schon stark geschmälert. Wir haben einen riesigen Rückgang der Produktion in der Eisen-und Hüttenindustrie zu verzeichnen. Gestatten Sie, daß ich nur einige Zahlen nenne:

Gegenüber 1929 haben wir einen Gesamtausfall an Eisen- und Stahlproduktion sowie an Walzwerkserzeugnissen in den ersten acht Monaten ds.Js. von 1 043 765 Tonnen, = 26,3 Prozent; gegenüber 1930 20,6 Prozent. Dadurch wurde natürlicherweise die Absatzgrundlage für die Saarkohle zusammengedrängt. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß die Kokserzeugung der Saarhütten im 1.Halbjahr 1931 gegenüber 1930 um 364 180 Tonnen = 23,4 Prozent zurückgegangen ist. Nun muß man bedenken, daß zur Erzeugung einer Tonne Koks mehr Rohkohle benötigt wird, sodaß man immerhin mit einem Verlust von 500 000 Tonnen Rohkohle rechnen kann gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres.

Natürlicherweise wurde von dieser Entwicklung der Eisenbahnverkehr in Mitleidenschaft gezogen. Die Wagenstellung zur Verfrachtung ging zurück,arbeitstäglich,gegenüber 1929 um 13,2 Prozent,gegenüber 1930 um 12,1 Prozent.

Welches sind die Folgen dieser Absatzschrumpfung ?

Diese Folgen sind schlimmer Art sowohl für die Arbeiterschaft als auch für das gesamte Gebiet. Die Belegschaft auf den Saargruben ist seit Januar 1930 um 6289 Mann abgebaut = 15 %. Die Zahl der Bergleute betrug im Januar 1930 60 809 und im August ds.Js. nur noch 54 520 Mann. Eine weitere Folge ist die große Zahl von Feierschichten; im Jahre 1930 18 Feierschichten, bisjetzt wurden aber im Jahre 1931 schon 42 Feierschichten gezählt. Zusammengerechnet ergibt das von März 1930 bis heute 60 Feierschichten,welche einen Lohnverlust von mindestens 120 Millionen Franken verursachten. Aber nicht nur die Bergleute wurden davon betroffen, sondern auch Handel und Gewerbe. 120 Millionen Franken sind für immer verschwunden, ohne die Verluste durch den direkten Lohnabbau. Ich habe errechnet, daß allein die aktiven Bergleute -also der Lohnverlust der Abgebauten nicht einbegriffen - ab März 1930 bis Ende dieses Jahres einen Lohnverlust bis zu 180 Millionen Franken erleiden. Hinzu treten dann noch die Lohnverluste in den übrigen Industriezweigen, vor allem in der Eisen-und Hüttenindustrie. Es dürfte bekannt sein, daß das Neunkirchener Werk die Tarife gekündigt hat,natürlich doch nur mit dem Ziele, die Löhne noch weiter herabzusetzen. Dadurch wird wieder die Einkommensbasis weiter Volksschichten zusammengedrückt.

Diese Entwicklung hatte auch schlimme Rückwirkungen nach der knappschaftlichen Seite. Die Hüttenknappschaften stehen vor dem Bankrott. In den letzten Tagen bekamen wir einen kurzgehaltenen Bericht über die Knappschaftskasse der Brebacher Hütte zu lesen. Wer diesen Bericht gelesen hat, konnte ausrechnen, daß es mit dieser Knappschaft bald vorbei sein wird. Aber auch die Saarknappschaft ist in Mitleidenschaft gezogen. Zurzeit stehen etwa 53 000 aktiven

Beitragszahlern

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4 I

Beitragszahlern einschließlich Frankenholz, 24 600 Invaliden, über 10 000 Witwen und 4638 Waisen gegenüber. Rechnen wir alles auf Renteneinheiten zurück, so sind mindestens 30 000 Renteneinheiten aus Beiträgen von 53 000 Aktiven zu bestreiten. Wenn die Entwicklung bis zum Jahresschluß so weiter geht, werden wir noch 51 000 aktive Beitragszahler zu verzeichnen haben. Das sind sehr böse Aussichten. Wir müssen schon heute die Regierungskommission mahnen, alles zur Aufrechterhaltung der Knappschaftsversicherung zu tun. Wir müssen die Regierungskommission weiter mahnen, nicht so unvorsichtig bei Aufstellung ihres Etats zu handeln, indem sie mit einer Erwerbslosenzahl von nur 9000 bis 10 000 rechnete, wo doch bestimmt mit einer Zahl von 25 000 Arbeitslosen im Monatsdurchschnitt zu rechnen sein wird.

Meine Herren! Um zurückzukommen auf unseren Antrag: die Einfuhr der polnischen Kohle schmälert den Absatz der Saarkohle im eigenen Gebiet. Die Rückwirkungen drücken nicht nur die Bergleute, sondern die Allgemeinheit. Die wenigen Centimes der Verbilligung der polnischen Kohle machen die Schäden nicht wett, die aus dieser Einfuhr drohen. Es ist unverständlich, wie sich im Saargebiet Kohlenhändler dazu hergeben können, polnische Kohle zu vertreiben. Darum appellieren wir an die Regierungskommission, daß sie die Schädigungen, die durch diese Kohleneinfuhr entstehen, abstellt.

Der dritte Antrag beschäftigt sich mit der

Erwerbslosenunterhaltung.

"Da immer mehr Arbeiter von einer lange andauernden Erwerbslosigkeit ergriffen werden, etwaige Ersparnisse und Vorräte schon vor Eintreten der Erwerbslosigkeit infolge der geringen Löhne völlig aufgezehrt sind und die Gemeinden in immer größer werdende finanzielle Notlage geraten, ersucht der Landesrat die Regierungskommission:

1. in der Erwerbslosenfürsorge die dreitägige Karenzzeit einzuhalten;

2. die Unterstützungsdauer allgemein auf 39 Wochen auszudehnen;

3. die vorjährigen Winter-Unterstützungssätze wieder einzuführen;

4. keine Herabsetzung der Ausschlußsätze vorzunehmen;

5. zur Unterhaltung der Ausgesteuerten den Gemeinden fünf Sechstel, mindestens aber die Hälfte der Unterstützungssätze zu ersetzen.

Meine Herren! Der Antrag mag vielleicht nicht allseitig verstanden werden. Aber die Zahl der Erwerbslosen steigt. In den Wochen vom 12.August bis 16.September ds.Js. ist die Erwerbslosenzahl durchschnittlich je Woche um 618 gestiegen. Wenn die Entwicklung so weitergehen wird, werden wir sicher

am

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

am Jahresende 30 000 und mehr Erwerbslose zu verzeichnen haben. Die Zahl der Erwerbslosen würde unnötigerweise durch Grubenstillegungen und die fremde Kohleneinfuhr vermehrt werden. Sie wird auch durch das Nichtvergeben von Aufträgen der Bergbauverwaltung an die saarländische Industrie vermehrt. Die Arbeitslosigkeit für den einzelnen Menschen ist heute länger als früher. Wenn früher jemand einige Wochen von Erwerbslosigkeit betroffen wurde und kam dann wieder in lohnende Beschäftigung, dann war die Wirkung auf seine Familie nicht so schlimm wie heute, wo es Menschen gibt, die schon über ein Jahr, ja sogar 2 Jahre sich in Erwerbslosigkeit befinden. Meine Herren! Das ist nun kein Schlagwort, wenn ich sage, daß diese Familien völlig abgebrannt sind. Die heute erwerbslos werdenden Menschen verfügen über keine Spargroschen und Vorräte im Wäscheschrank, infolge Lohnkürzung, Feierschichten, Kurzarbeit usw. Auch sie sind völlig abgebrannt. Deshalb müssen wir darauf bestehen, damit diese abgebrannten Familien ihre Existenzgrundlage behalten, daß die bisherigen Erwerbslosensätze auf die vorjährigen Wintersätze erhöht werden. Wir müssen weiter darauf bestehen, daß die Gemeinden, die sich in großer finanzieller Not befinden, entlastet werden. Hier möchte ich was einschalten. Wir waren erstaunt, als in den Sitzungen vom 4.und 14.Juli ds.Js. die Regierungskommission glaubte sagen zu dürfen, bei den Gemeinden sähe es noch nicht so schlimm aus. Die Abteilung des Innern hätte in dieser Hinsicht noch keine alarmierenden Unterlagen und Nachrichten. Es ist aber so, daß viele Gemeinden sich in großer finanzieller Not befinden, sodaß sie nicht mehr ein noch aus wissen. Hier nur ein Beispiel:

Die Gemeinde Püttlingen hat allein ihren Wohlfahrtsetat um 700 000 Franken überschritten durch die Lasten für die Ausgesteuerten. Darum müssen wir verlangen, daß die Karenzzeit von 3 Tagen und die Unterstützungsdauer von 39 Wochen eingehalten wird und für die Unterhaltung der Ausgesteuerten 5/6 der Sätze, mindestens aber 50 Prozent aus der Landeskasse vergütet werden.

(Zuruf der Kommunisten: Wie macht es denn die Regierung Brüning ?)

Die Regierung Brüning macht es so, wie es sich aus der besonderen Not des ganzen Volkes ergibt.

(Weitere Zwischenrufe der Kommunisten!)

Meine Aufgabe besteht nicht darin, heute nun den Landesrat zum Reichstag zu erklären und die Regierung Brüning abzusetzen.

- Glocke des Vorsitzenden -

orsitzender: Meine Herren, ich darf wirklich bitten, daß die Verhandlungen dem Ernste der Situation entsprechend geführt werden.

bg.Kiefer fortfahrend: Ein weiterer Antrag beschäftigt sich mit der

<u>Verteuerung der Lebenshaltung durch die Heraufsetzung der Zollsätze.</u>

<u>Der</u>

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4 I

Der Antrag lautet:

"Der französische Staat hat Zölle auf Gegenstände und Waren des täglichen Lebensbedarfs zum Teil sehr stark erhöht. Erinnert sei an die überaus hohe Heraufsetzung des Kartoffelzolls und die noch in jüngster Zeit erfolgte Zollerhöhung auf Holz, Vieh, Fleisch, Milch usw. Da das Saargebiet ins französische Zollgebiet einbegriffen ist, erfolgt durch solche Zollerhöhungen eine fühlbare Belastung der Lebenshaltung der Bevölkerung im Saargebiet.

Die Einkommen der breiten Schichten sind aber stark gesunken, zum Teil von 30 - 50 Prozent, was die Regierungskommission veranlassen müßte, für eine Verbilligung der Lebenshaltung Sorge zu tragen.

Der Landesrat richtet an die Regierungskommission die dringende Aufforderung, die notwendigen Schritte zur Herabsetzung von Zöllen auf Gegenstände und Waren des täglichen Bedarfs und zur Verhinderung geplanter neuer Zollerhöhungen zu unternehmen."

Meine Herren! Aus meinen bisherigen Ausführungen dürfte hervorgegangen sein, daß die Regierungskommission von sich aus alles Interesse haben müßte, unsere Lebenshaltung zu verbilligen. Unsere Lebenshaltung wird aber unnötigerweise verteuert durch den französischen Staat, indem er Zölle auf wichtige Waren des täglichen Bedarfs erhöht. Im Antrag sind einige dieser Waren angeführt. Im Saargrenzgürtel beispielsweise wissen die armen Menschen ihre Kartoffeln nicht loszuwerden trotz niedrigster Erzeugerpreise. Warum? Wegen der hohen Zölle, welche der französische Staat auf Kartoffeln geschlagen hat. Darunter leiden doch die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten und sie müssen nun bluten für die französische Wirtschaftspolitik, für die Wirtschaftspolitik des Staates, der immer wieder in die Welt hinausposaunt, unsere Wirtschaft bilde mit der französischen eine „organische Einheit". Wenn es an dem wäre, dann brauchte er uns doch nicht mit hohen Zollmauern gegenüber unserem Vaterlande zu schützen. Wie es aber mit dem „organischen Zusammenhang mit der französischen Wirtschaft bestellt ist ", geht daraus hervor, daß gerade infolge unserer starken Verflechtung mit der deutschen Wirtschaft die wertmäßige Ausfuhr nach dem deutschen Reiche um 37 bis 38 Prozent gesunken ist, eine katastrophale Entwicklung! Und wenn wir so auf der einen Seite Schaden erleiden infolge der Wirkungen der weltwirtschaftlichen Krise, dann müßte der französische Staat die Zölle heruntersetzen, damit wir profitieren könnten an den billiger gewordenen Waren unseres deutschen Vaterlandes. Darum ersuchen wir die Regierungskommission in aller Dringlichkeit bei der französischen Regierung vorstellig zu werden, gemäß unseren bereits früher eingereichten Anträgen, die die Herabsetzung der Zollsätze auf lebenswichtige Waren fordern und verlangen, und damit unter allen Umständen neue Zollerhöhungen vermieden werden. Meine Herren! Wir haben so das Gefühl, daß die Regierungskommission mehr Rücksicht nimmt auf die Interessen der französischen Wirtschaft und der französischen Politik und des französischen Staates, als auf die Interessen der Bevölkerung des Saargebietes. Sie hat uns bis heute noch nicht gesagt, was sie beim französischen Staat zur Verhinderung der Zollerhöhungen getan hat, noch nicht gesagt, was sie getan hat, um dem Absatz der Saarkohle in Frankreich eine größere Ausdehnung zu verschaffen, noch nicht gesagt, welche Schritte

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4 I

sie bei der Bergwerksdirektion unternommen hat, ihre Aufträge endlich an die Saarindustrie zu vergeben. Wir müssen von ihr verlangen -denn sie ist eingesetzt als Treuhänderin und sie hat alles unternommen, daß sie die alleinige Macht bekam -, daß sie alles tut, um unsere Lebenshaltung zu erleichtern,um den hier lebenden Menschen das Durchkommen möglich zu machen.

Ein weiterer Antrag betrifft die

Errichtung des Schulhausneubaues in Fenne,

welcher lautet:

" Der Regierungskommission ist bekannt, daß die Schulhausverhältnisse der deutschen Volksschule in Fenne längst unhaltbar sind und ein Schulhausneubau ein dringendes Bedürfnis ist. 250 Kinder beiderlei Geschlechts mit 6 Lehrpersonen sind in 4 unzulänglichen und ungesunden Schulräumen untergebracht.

Damit diesem unhaltbaren Übelstand abgeholfen werden kann, ersucht der Landesrat die Regierungskommission, den zustehenden Zuschuß aus Mitteln der Landeskasse der Schulgemeinde Fenne zur Erbauung eines neuen Schulhauses bald zur Verfügung zu stellen."

Hierzu kurz einige Bemerkungen. Gerade dort wird gerungen um die Seele des deutschen Kindes, und wenn auf der einen Seite die französische Schule ein schönes Schulhaus hat,hat auf der anderen Seite die Regierungskommission die Pflicht, die notwendigen Zuschüsse bereitzustellen, damit der so notwendige Schulhausneubau für die deutsche Volksschule endlich vorgenommen werden kann.

Ferner haben wir noch einen Antrag betr.:

Entlastung der saarländischen Landwirtschaft durch eine 50 % ige Steuerermäßigung.

Ich bitte, diesen Antrag in die Kommission zu verweisen, da er in der Fraktion nicht mehr beraten werden konnte.

Nur noch ein kurzes Wort an die Schulabteilung. Herr Minister Veszenski hat auf die offene Beschwerde nach Monaten eine Antwort erteilt. Ich sage hierzu nur folgendes: Ich schäme mich für diesen Minister, daß er eine derartig jämmerliche Antwort eines ihm untergeordneten Beamten unterzeichnet hat. Wir verlangen von ihm, daß er uns die Protokolle gibt, die in dieser Frage aufgenommen worden sind,damit wir abwägen können, was der fragliche Bergmann, der bedrückt wurde, gesagt hat, und das, was Herr Wingert geäußert hat, der nach Aussagen der Regierungskommission angeblich ohne jegliche Schuld sein soll.

Ein weiterer Antrag betr.

Befreiung von Erwerbslosen von der Rundfunkgebühr.

Dieser Antrag lautet:

"Durch die anhaltende Wirtschaftskrise vermehrt sich die Zahl der Erwerbslosen immer mehr. Unter den Erwerbslosen befinden sich auch Besitzer von Rundfunkempfängern.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4

empfängern. Diesen Leuten ist es unmöglich, von ihrer Unterstützung die Rundfunkgebühren zu zahlen. Damit sie auch weiterhin sich ihres Apparates bedienen können, ersucht der Landesrat die Regierungskommission, die betr. Erwerbslosen von der Entrichtung der Rundfunkgebühren zu befreien."

- Bravo - Rufe -

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

Abg. Lieser (SP): Meine Herren! Nicht nur die schlechte Wirtschaftslage im Reich und die mit ihr verbundenen außerordentlichen grauenhafte Erwerbslosigkeit, sondern auch die im Reich ergangenen Notverordnungen werfen ihre Schatten auf das Saargebiet. Das heißt, es ist im Saargebiet nicht nur bereits eine bedenkliche Arbeitslosigkeit vorhanden, sondern die Regierungskommission des Saargebietes schickt sich an unter reaktionärem Einfluß die Tätigkeit und Methoden ihrer großen Kollegin in Berlin nachzuahmen.
Ob die im Reich ergangenen Notverordnungen in ihrem Inhalt und in ihrer Zahl notwendig waren oder nicht, darüber wollen wir uns an dieser Stätte nicht streiten. Daß aber mit den gleichen Mitteln im Saargebiet regiert werden soll und die Erwerbslosigkeit bekämpft werden könnte, ist aber bestimmt nicht notwendig und der Weg auch nicht richtig. Erfreulicherweise hat sich die Regierungskommission bereit gefunden, der gebildeten Notgemeinschaft, die die Hilfe aller Notleidenden im kommenden Winter zum Ziele hat, ihre Stütze zu leihen. Aber anderseits kann es nicht verstanden und nicht scharf genug verurteilt werden, daß die Regierungskommission sich anschickt, die private Wohltätigkeit zu benutzen, um ihre angeblich zerrütteten Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, indem sie dazu übergeht, das, was die Erwerbslosen aus der Notgemeinschaft zusätzlich erhalten, denselben Erwerbslosen an ihren Unterstützungen zu schmälern oder sie ganz von dem Unterstützungsbezug auszuschließen. Dies und nichts anderes bedeutet die bereits verfügte Erhöhung der Karenzzeit für die ungelernten Arbeiter von 3 auf 5, für die gelernten Arbeiter von 3 auf 7 Tagen und die noch beabsichtigte weitere Verschlechterung in der Erwerbslosenfürsorge.

Die nun einmal vorhandene Erwerbslosigkeit beansprucht selbstverständlich größere Geldmittel zur Unterstützung der Erwerbslosen. Durch die Rücksichtnahme der Regierungskommission auf die französische Bergwerksverwaltung ist die schon wie oft geforderte Arbeitslosenversicherung im Saargebiet nicht eingeführt worden. Rechtlicher Anspruch auf Unterstützung steht dem Erwerbslosen nicht zu. Anderseits liegt die ganze Last der Erwerbslosenfürsorge auf dem Steuerzahler, in der Hauptsache auf den Schultern der Arbeiterschaft, die das Glück hat, noch im Produktionsprozeß zu stehen.

Die Tatsache, daß die Gesamtausgaben für die Erwerbslosenfürsorge durch Steuer aufgebracht werden müssen, veranlaßt die Regierungskommission, nach Mitteln und Wegen zu suchen, der Arbeitslosigkeit Halt zu gebieten und vermehrte Ausgaben hintanzuhalten.

Statt nun ernstlich daran zu gehen, den vom Landesrat wiederholt gebilligten Weg zu beschreiten, für die Erwerbslosen oder wenigstens einen Teil derselben Arbeit zu beschaffen, greift sie zu sonderbaren, aber untauglichen Mitteln: Versagung der Einreiseerlaubnis für auswärtige, aber deutsche Arbeiter und Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge.

Ist das Vorgehen der Regierungskommission, in dem sie rücksichtslos den größten Teil unserer deutschen Brüder in den Grenzbezirken, die jahrzehntelang, ja, in den meisten Fällen nirgends anders als im Saargebiet gearbeitet haben, von der Arbeitsstelle im Saargebiet vertreibt und ausweist, geeignet

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4 I

geeignet, die Erwerbslosenzahl herabzudrücken? Hat die Regierungskommission immer noch nicht begriffen, daß trotz Fernhaltung der Arbeiter aus den Grenzbezirken die Erwerbslosenziffer im Saargebiet weiter steigt ? Hat die Regierungskommission noch nicht beobachtet, daß sie durch die Versagung der Arbeitsaufnahme manchem Unternehmer einen Gefallen erweist, der dadurch keine Entlassung vorzunehmen braucht aber mindestens an Stelle des Ausgewiesenen einheimische Arbeiter nicht einstellt ? Hat die Regierungskommission noch nicht die große Gefahr für den saarländischen Arbeitsmarkt erkannt, die dadurch entsteht, daß durch die Ausweisung deutscher Arbeiter keine deutschen Aufträge mehr ins Saargebiet gegeben werden. Was ist dann erreicht, wenn als Antwort deutsche Verwaltungsstellen und die deutsche Privatindustrie ihre Aufträge an deutsche Firmen vergeben ?

Die Regierungskommission hat dann das falsche Ziel erreicht: Die Saargänger hat sie verjagt und erhöhte Erwerbslosigkeit für die saarländischen Arbeiter durch das Fehlen von Aufträgen an unsere Industrie wird die Folge sein. Der beschrittene Weg ist falsch und muß von der Regierungskommission verlassen werden.

Anstelle dieser Methoden muß die Regierungskommission erneut aufgefordert werden, Wege zu suchen, die zum Ziele führen. Und dieser Weg heißt:

Arbeitsbeschaffung !

Es muß versucht werden, daß mehr Aufträge in das Saargebiet hereinkommen. Es muß verhindert werden, daß eigene Arbeitsvergebungen nicht ins Ausland wandern, sondern im Saargebiet verbleiben. Die Regierungskommission, die sich doch bei jeder Gelegenheit als die Hüterin der Belange des saarländischen Arbeiters und des gesamten Saarvolkes betrachtet und ausgibt und anderseits doch unter starkem französischem Einfluß steht, muß dafür sorgen, daß von den Reparationsgläubigern in erster Linie von Frankreich, das zu diesem Zwecke doch die saarländischen Gruben zugesprochen erhielt, mehr von unseren Kohlen abgenommen werden. Mit der Mehrabbnahme von einer Million Tonnen wäre dem saarländischen Bergarbeiter und der übrigen Arbeiterschaft vorübergehend geholfen. Daneben denkt die Regierungskommission gar nicht daran, die schon so oft vorgeschlagenen und so notwendigen Notstandsarbeiten, wie Flußregulierungen, Straßenbauten, Bahnbauten usw. in Angriff zu nehmen. Hier wäre Gelegenheit, bei der jetzigen Krise ein großer Teil unserer Erwerbslosen wieder in Verdienstmöglichkeit zu bringen. Die Regierungskommission läßt alles am Boden schleifen und begründet ihr Nichtstun mit der herrschenden Finanznot, die auch die Kasse der Regierungskommission ergriffen haben soll. Die Gerüchte, daß die Regierungskommission hunderte von Millionen zu einem geringen Zinsfuß auf französischen Banken liegen hat, wollen nicht verstummen. Die Regierungskommission bestreitet dies. Die Regierungskommission wäre aber gut in der Lage, den immer wieder auftauchenden Gerüchten den Boden zu entziehen, wenn sie, wie das so oft von ihr verlangt wurde, offen Rechnung ablegen würde.

Anderseits sucht die Regierungskommission, wie Pressemeldungen besagen, mit ebenso falschen Mitteln die finanzielle Last für die Erwerbslosenfürsorge herunterzudrücken. Ein Lohn-und Gehaltsabbau folgt dem andern. Und

so

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4

so wird auch dem inneren Markt jeder Halt entzogen. Das dadurch scheinbar eingesparte Geld geht der Wirtschaft verloren und man lebt in dem irrtümlichen Wahn, daß dadurch die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden könnte. Mit den verschiedenen Lohn-und Gehaltskürzungen ist man mit dem Einkommen der Werktätigen allmählich in die Nähe der Unterstützungsgrenze der Erwerbslosen herangekommen. Und jetzt setzt eine sonderbare Politik ein. Der Kreislauf zu Ungunsten der ganzen Wirtschaft beginnt seine zweite Umdrehung zu vollziehen.

Reaktionäre Kreise verlangen, daß die Regierungskommission die Ausschlußsätze herabsetzt, um so eine Spanne zwischen dem Einkommen der Erwerbslosen und den Werktätigen herbeizuführen.

Also die Kaufkraft der Arbeiter wieder zu heben und dadurch eine angemessene Spanne zwischen Werktätigen und Erwerbslosen zu erzielen und die für viele Erwerbslosen karge Unterstützung zu erhöhen, geht der Weg immer weiter nach unten - in den Abgrund-. Man kann der Regierungskommission grundsätzlich zustimmen, wo sie auf dem Standpunkt steht, daß dort geholfen werden soll und muß, wo wirklich Not herrscht. Aber, daß man versucht, den Erwerbslosen ihr Lebensdasein noch mehr zu erschweren, ist ein Beweis, daß man die Grenze, wo die Not beginnt, oder solche schon herrscht, noch nicht gefunden hat. Überall dort, wo der Arbeiter,der niedere Angestellte und Beamte, wenn auch nur vorübergehend erwerbslos wird, ist bereits wirkliche Not vorhanden. In allen anderen Fällen, wo Arbeiterfamilien monate-, ja, jahrelang unter der Erwerbslosigkeit zu leiden haben, kann schon nicht mehr von Not gesprochen werden. Dort herrscht bitteres Elend, das zur Verzweiflung treibt. Und dieses Elend soll durch weitere Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge noch vergrößert werden. Hat sich die Regierungskommission schon überlegt, was die Folgen sein werden ? Hat sie sich die Frage schon vorgelegt, welche Kurve die Verbrecherstatistik nehmen wird ? Will sie die Verantwortung übernehmen, daß unsere jugendlichen Arbeiter, denen sie die Unterstützung schmälern oder gar entziehen soll,immer mehr auf den Weg der Fremdenlegion getrieben werden ? Es ist eine sonderbare Erscheinung, daß gerade die jungen und besten Kräfte erwerbslos sind. Sonderbar, daß der Vater sich abrackern muß, während in der gleichen Familie oft drei und mehr Söhne zum Nichtstun verurteilt sind. Hat man die Gefährlichkeit dieser Methode noch nicht eingesehen ? Es ist Zeit, von der alten falschen Methode abzugehen. Aber bis dahin muß auch der jugendliche erwerbslose Arbeiter oder Angestellte eine angemessene Unterstützung erhalten. Dies bedeutet für ihn immer noch einen Halt. Wird ihm dieser Halt entzogen, dann tragen die dafür Verantwortlichen die Schuld, daß die junge Generation auf die Verbrecherlaufbahn getrieben wurde.

Weiter wird vorgeschlagen für die sogenannten Saisonarbeiter Sonderbestimmungen einzuführen. Die Maßnahmen treffen insbesondere die Baufacharbeiter. Mit welcher Begründung will man für diese Kategorie von Arbeitern Verschlechterungen einführen ? Man braucht doch nur die Erwerbslosenstatistik der letzten Sommermonate anzusehen,wo die Bauhandwerker keine Arbeit finden konnten. Und warum soll gerade dieser Teil der Arbeiterschaft durch Verschlechterungen bestraft werden ?

Aus all dem Gesagten kommt meine Partei zu der Ansicht

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4 I

Ansicht, daß bisher das Pferd am verkehrten Ende aufgezäumt wurde. Wir lehnen deshalb jeden Versuch, den Erwerbslosen das traurige Dasein noch weiter zu verschlechtern, mit allem Nachdruck ab. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß eine Besserung am Platze ist und haben deshalb dem Landesrat zwei Anträge unterbreitet, die wir zur Annahme durch den Landesrat empfehlen:

1) Die Erwerbslosenunterstützung · auf die Sätze, die vor dem 1.5.1931 bestanden, zu erhöhen;

2) Die Ausschlußsätze in der Frage der Bedürftigkeitsprüfung zu erhöhen.

Meine Herren! Der Winter mit all seinen Tücken steht vor der Tür. Für alle Menschen bringt er höhere Aufwendungen. Für die Erwerbslosen mit ihren aufgebrachten Kleidern, mit ihren zerrissenen Schuhen, mit den hungrigen Mägen, mit dem blutleeren Körper der kalten Witterung ausgesetzt, erst recht. Daher ist es Pflicht, für die Opfer der Krise, für die Opfer des heutigen Wirtschaftssystems zu sorgen. Unsere Forderung, zu der sich vernünftigerweise auch die Kommunistische Partei bekannt hat, ist so bescheiden, daß sie, ohne das Saargebiet aus dem Gleichgewicht zu bringen, sehr gut erfüllt werden kann.

Weiter muß dafür gesorgt werden, daß die Ausschlußsätze in der Frage der Bedürftigkeit eine Revision erfahren. Eine Rvision zu Gunsten der Erwerbslosen. Es geht nicht an, durch Herabsetzung der Ausschlußsätze noch eine größere Anzahl von Arbeiterfamilien von dem Bezug der Erwerbslosenunterstützung auszuschließen. Haben wir doch heute schon hunderte von Fällen zu verzeichnen, wo die Unterstützung versagt werden muß, in dem volljährige Söhne in der Familie, die im Begriff stehen, einen eigenen Hausstand zu gründen, den Eltern den Lohn nicht mehr oder nur einen Teil desselben geben können, aber das volle Einkommen und der niedere Ausschlußsatz in Anrechnung gebracht werden.

Es muß unser Bestreben sein, den Kreis der unterstützungslosen Familien nicht zu erweitern, sondern zu verringern. Das vorgeschlagene Gegenteil bedeutet weitere Not und größeres Elend.

Wir bitten deshalb den Landesrat durch Annahme unseres Antrages die Regierungskommission zu warnen, den reaktionären Bestrebungen zu folgen und den Beweis zu geben, daß der Landesrat nicht gewillt ist, ihr auf dem falsch eingeschlagenen Wege zu folgen.

(Bravo - Rufe d. Sozialdemokraten!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pfordt!

Abg. Pfordt (KP): Meine Herren! Auf unsere Eingabe an die Regierungskommission haben wir bis heute noch keine Antwort erhalten. Wir legen dagegen den schärfsten Protest ein. Wir versuchten bei den betreffenden Instanzen vorstellig zu werden, wurden aber nicht empfangen. Wir wandten uns weiter an die Regierungskommission mit einem Antrag betr. fristlose Entlassung eines Eisenbahners. Die Regierungskommission hat uns nicht geantwortet. Damit beweist sie, daß sie kein Interesse hat zu antworten. Die Kommunisten werden sich gegen diese Kolonialherrschaft zu wehren wissen.

Wie ist die Lage im Saargebiet ?

Die Massen wollen einen Ausweg sehen. Die Herren, die hier Anträge eingebracht haben, haben es getan aus einer scheinoppositionellen Stimmung heraus. Das trifft nicht nur zu für das Zentrum, sondern auch für die Sozialdemokraten.

Wie ist es im Bergbau ?

Im vorigen Jahre waren 20 Feierschichten zu verzeichnen, in diesem Jahre sind es schon 41 Feierschichten. Das bedeutet eine Lohnsenkung, ohne direkten Lohnabbau, von 120 Millionen Franken. Wenn man den Wählermassen erzählt, es ginge aufwärts, so sehen wir gerade das Gegenteil. Man sagt den Kommunisten nach, daß sie das Chaos wollten. Wir können die Gegenfrage stellen . Ist das kapitalistische Chaos nicht schon da ? Wir kennen die Dillinger rigorosen Lohnabbauverhältnisse, jetzt kommt ein Abbau beim Neunkirchener Eisenwerk und bei der Eisenbahn. Auch Herr Röchling wird mit Abbau kommen. Und als einzigen Ausweg empfehlen diese Herren den Bau einer Drahtseilbahn zum Reich. Das ist eine weitere Methode im Konkurrenzkampf um den verlorengegangenen süddeutschen Markt. Dieser Konkurrenzkampf wird auf Kosten der Arbeiter durchgeführt werden.

In einem Rundschreiben der Eisenbahndirektion wird die Einführung von Feierschichten begründet. Die Feierschichten seien notwendig durch die vielen Betriebsstillegungen und durch den Rückgang des Bahntransportes überhaupt. Wir stellen fest, daß auch die Einlegung von Feierschichten auf der Eisenbahn nichts anderes ist, als ein Mittel dieser schamlosen Hungerpolitik. Die Eisenbahn schützt vor, sie hätte keine Mittel zur Arbeitsbeschaffung. Bei der Eisenbahndirektion werden allein 125 Millionen Franken an Gehältern für die Beamten bezahlt, aber kaum 38 Millionen für die Eisenbahnarbeiter. Wer nun glaubt, daß diese Summe den kleineren und mittleren Beamten zugute kommt, der irrt sich, denn diese Summe wird zum größten Teil verschluckt von der dünnen Schicht der Regierungsräte und Abteilungsdirektoren. Wir haben einen Antrag eingebracht auf Herabsetzung der großen Gehälter. Die Regierungskommission denkt aber nicht daran, diesem Antrag stattzugeben, denn in der Zeit der Gehaltssenkung geht die Regierungskommission dazu über und erhöht die eigenen Gehälter. Die 5 Mitglieder der Regierungskommission beziehen allein über eine Million Franken ohne die Nebeneinkünfte. Sie haben sich bewogen gefühlt der Notgemeinschaft beizutreten. Die fünf Mitglieder überweisen der Notgemeinschaft monatlich 450 Franken. Das ist sehr interessant.

(Zurufe: Hört, hört !)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

Betrachten Sie sich die Namen dieser Leute, die den Aufruf auf Gründung einer Notgemeinschaft unterzeichnet haben. Da finden wir Gewerkschaftsbeamte,maßgebende Leute der Industrie Generaldirektoren der Saargruben usw. Ist das nicht ein Hohn? Vor einigen Tagen wurde gesagt, daß derjenige, der im Winter Hunger leiden muß, selbst schuld daran sei. Herr Guilleaume geht hin und läßt eine Grube stillegen. Ist das nicht ein schamloses Betrugsmanöver ? Von der Regierungskommission wird gegenwärtig eine Zahl von 21 928 Arbeitslosen angegeben. Die Regierungskommission soll ihre Erhebungen besser durchführen, denn die Zahl wird weit übertroffen. Herr Kiefer hat gesagt, daß der Wohlfahrtsetat einer Gemeinde auf 700 000 Franken gestiegen ist. Man sollte einmal Erhebungen anstellen, dann kommt eine ganz andere Zahl heraus. Es ist der Herr Schäfer, der Leiter des Arbeitsamtes, der den Nichtsaarländern die Arbeitsaufnahme verweigert. Täglich kommen die Leute zu uns und erzählen, wie rigoros man vorgeht. Vielleicht kann die Sozialdemokratische Fraktion auf ihren "Genossen" einwirken, oder aber Herr Petri wird es tun, wenn er ins Arbeitsamt der Regierungskommission einzieht.

(Lachen bei den Sozialdemokraten!)

Hierzu ein Beispiel: Ein Arbeiter aus Kleinblittersdorf,der eine saarländische Frau hat, wird arbeitslos und das Arbeitsamt der Regierungskommission verweigert ihm die Arbeitsaufnahme. Es wurde ihm ein Ausweisungsbefehl übersandt mit der kühnen Behauptung, daß, wenn er nicht innerhalb zwei Tagen das Saargebiet verläßt, er zwangsweise über die Grenze geschoben wird. Der Mann ist von der Polizei über die Grenze geschoben worden. Wir protestieren gegen eine solche Maßnahme der Regierungskommission und weisen mit aller Schärfe auf die letzte Verfügung der Regierungskommission hin, wonach sie den Waffenbesitz verbietet. Die Anträge hierzu sind in die Kommission verwiesen. Wir sagen dieser Regierung keinen Dank, wie es die Sozialdemokraten tun, sondern wir werden die Arbeitermassen umso schneller mobilisieren, daß das Regime aufhört. Die Herren glauben mit Notverordnungen regieren zu können. Sie sind Schwächlinge gegenüber der kämpfenden Arbeitermasse, und der Erlaß von Notverordnungen ist ein absoluter Ausdruck ihrer Schwäche. Ein jeder Esel kann mit Notverordnungen regieren und das Volk terrorisieren.

Ein Wort noch zu den Sozialdemokraten. Es wundert mich, daß die Sozialdemokraten nichts von der 150-Millionen-Anleihe erzählen. Das war doch ein besonderes Kapitel der Sozialdemokraten. Glauben Sie, daß Sie mit der 150-Millionen Anleihe das Saarvolk befreien könnten? Man redet von Ablösung der kurzfristigen Kredite durch langfristige Kredite. Die Zentrumsfraktion schlägt vor, daß man den Kommunen unter die Arme greifen soll. Wir haben einen früheren Antrag laufen, daß alle Lasten zur Unterstützung der Wohlfahrtsempfänger durch die Regierung getragen werden sollen. In Ihrer Mappe finden Sie eine Reihe Anträge der Kommunistischen Partei von grundlegender Bedeutung, die auch zum Teil von der Zentrumsfraktion abgeschrieben wurden:

a) Verbot jeglicher Betriebsstillegungen. Sofortige Inbetriebnahme aller stillgelegten Betriebe.

b)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

b) Sofortige Einstellung jeglicher Entlassungen von Arbeitern, Arbeiterinnen, Angestellten, unteren und mittleren Beamten. Wiedereinstellung aller Entlassenen.

c) Sofortige Einstellung jeglichen Lohn-und Gehaltsabbaues in Staats-und Kommunalbetrieben, bei Arbeitern, Angestellten, unteren und mittleren Beamten. Wiederherstellung der alten Lohn-und Gehaltshöhe bis zu einem Jahreseinkommen bis zu 30 000.-Franken.

d) Einreihung sämtlicher Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Beseitigung der Pflichtarbeit, Bezahlung der Erwerbslosenunterstützung nach den Sätzen, die vor dem 1. Mai 1931 bestanden.

e) Bereitstellung von Mitteln für zinslose Darlehen für die ruinierten Kleinhandwerker, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern. Sicherstellung aller Sparguthaben aller Kleinsparer.

f) Sofortige Aufhebung des Demonstrations-und Versammlungsverbotes. Beseitigung des Uniformverbotes für den Rotfrontkämpferbund. Beseitigung der Notverordnung vom Februar 1923.

Die Regierungskommission hat nicht auf die Anträge geantwortet.

Sie finden einen weiteren Antrag:

"Der Landesrat fordert von der Regierungskommission die sofortige Ausschreibung der Neuwahlen für den Landesrat, die bereits im März hätten stattfinden müssen."

Man muß der Bevölkerung die Gelegenheit geben, die Leute zu wählen, zu denen sie Vertrauen hat.

Ein weiterer Antrag lautet:

"Der gewählten Körperschaft der Saarbevölkerung, dem Landesrat, ist sofort das ordentliche Beschlußrecht über alle Gesetzesvorlagen einzuräumen. Die Regierungskommission wird aufgefordert, beschleunigt ein Gesetz vorzulegen, in dem generell der Zustand der politischen Rechtlosigkeit des Landesrates beseitigt und ihm das Beschlußrecht garantiert wird."

Wir wissen, was dieser Antrag bedeutet, und bitten den Landesrat, ihm zuzustimmen.

Ein weiterer Antrag lautet:

" Die Regierungskommission hat nicht das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung, da die Regierung stets und immer konsequent die Interessen der deutsch-französischen Kapitalisten und insbesondere die Interessen des französischen Imperialismus mit allen Mitteln der kapitalistischen Staatsmacht schützt."

Ferner

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Ferner beantragen wir:

"Die werktätigen Volksmassen fordern durch den Landesrat von der Regierung, unverzüglich eine Volksabstimmung durchzuführen unter der Losung:
"Schluß mit der Kolonialherrschaft der Völkerbundsregierung."

Wir beantragen weiter:

"Die Regierungskommission wird aufgefordert,mit sofortiger Wirkung die Einstellung der Feierschichten auf den Saarbahnen zu veranlassen. Da die Feierschichten oder Kurzarbeit um ein weiteres die hundsmiserablen Löhne der Eisenbahner senken und dadurch die Arbeiter immer tiefer ins Elend gestoßen werden. Die Mittel für Arbeitsbeschaffung sind durch den Gehaltsabbau aller Riesengehälter bis auf 30 000.- Franken jährlich zu beschaffen."

Die Kommunistische Partei hat einen Arbeitsbeschaffungsplan ausgearbeitet. Wir werden unseren Arbeitsplan ausnutzen, um den Arbeitern die Wege zu zeigen, was die bürgerlichen Parteien nicht tun werden und können.

Ein weiterer Antrag lautet:

"Die Regierungskommission wird aufgefordert, für alle Radioempfänger,deren Einkommen nicht 30 000.- Franken jährlich beträgt, die Steuer zu beseitigen. Keine Verwaltung hat das Recht, eine Steuer zu erheben, zumal in einem Gebiet, wo sich kein Radiosender befindet."

Ich glaube nicht, daß sich gegen diesen Antrag Stimmen erheben werden.

Der nächste Antrag lautet:

"Die Kommunistische Landesratsfraktion ersucht die Regierung bis zur nächsten Vollversammlung genaue Angaben über die Bedingungen und Garantien, der von der Regierungskommission beabsichtigten Aufnahme der 150-Millionen Franken-Anleihe zu übermitteln."

Der letzte Antrag lautet:

"Alle Kraftfahrräder bis zu 250 cbcm. sind steuer= und führerscheinfrei. Die Regierungskommission darf keinerlei Steuer für diese Motorräder erheben."

Diesen Antrag stellen wir deshalb, weil in Frankreich und Deutschland diese Räder steuerfrei sind.

Vor Beginn der Tagung des Landesrates wurde bekannt, daß die Grubendirektion zwei Führer des Bergarbeiterverbandes fristlos entlassen hat. Das ist ein Kapitel,mit dem sich der Landesrat zu beschäftigen hat.

Dann der angebliche Brief von der Firma „Bata". Die Die Kommunistische Partei hat keinen Brief an „Bata" gesandt.

Noch

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4

Noch ein Wort zu dem

Versammlungsverbot.

In Homburg war eine Versammlung einberufen, die aufgrund des Artikels 2 des Strafgesetzbuches verboten wurde. Wir waren dieserhalb bei der Regierung vorstellig und Herr Direktor Heimburger erzählte uns wohl, daß im Saargebiet das Vereinsgesetz Gültigkeit habe, trotzdem werden sie Versammlungen aufgelöst. Das ist legalisierter Terror der Regierungskommission, der sich besonders auswirkt in den Notverordnungen. Lesen Sie bitte die Begründung zum Verordnungsentwurf betr. Waffenmißbrauch:

> "Die besondere Lage, in der wir augenblicklich leben und die Zusammenstöße zwischen Polizeibeamten und Mitgliedern radikaler Organisationen, bei denen mit Feuer-und anderen Waffen gegen die Polizeibeamten vorgegangen worden ist, erfordert es, die Bestimmungen über das Waffentragen zu verschärfen."

Was muß die Regierungskommission für eine Furcht haben, wenn ein Arbeiter eine Spatzenflinte oder ein Luftgewehr besitzt. Zur Begründung der Vorlage betr.: Waffenbesitz sucht die Regierungskommission nach "praktischen Fällen." So haben anläßlich einer Demonstration zwei Polizeispitzel einem Arbeiter eine Pistole in die Tasche gesteckt, um ihn verhaften zu können. So sucht die Regierungskommission nach Gründen, um gegen das werktätige Volk vorzugehen. Das Volk wird aber mit dem Kolonialregime fertig werden. Die Zukunft wird beweisen, daß die deutsche Arbeiterschaft stark genug ist, mit diesen Leuten aufzuräumen. In diesem Kampf werden sich nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter mit uns vereinigen, sondern auch die katholischen Arbeiter werden an unserer Seite den Kampf gegen die Unterdrücker führen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer(DSV): Meine Herren! Wir haben ebenso wie die Zentrumsfraktion einen Antrag eingereicht, der sich mit der Stillegung der Grube Altenwald beschäftigt. Der Antrag lautet:

A n t r a g

der Deutsch-Saarländischen Volkspartei

betr.:

Stillegung der Grube Altenwald.

--

"Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll die Absicht bestehen, die Grube Altenwald mit einer Gesamtbelegschaft von 2 200 Arbeitern im Anfang des nächsten Jahres (man spricht vom 1.März 1932) stillzulegen. Durch die Stillegung der Grube würden nicht nur die dort beschäftigten Bergleute betroffen, die vielleicht anderen Gruben zugewiesen werden können, sondern es würde durch die Stillegung die gesamte Bevölkerung des Bezirks außerordentlich schwer geschädigt. Wir denken hier insbesondere an die Schädigung, die außer den Arbeitnehmern durch vermehrte Fahrtauslagen, den Gemeinden durch Ausfall von Steuern,Handel und Gewerbe durch Ausfall von Umsätzen und den Hausbesitzern durch Ausfall von Mieteinnahmen, kurz der gesamten Bevölkerung zugefügt würde. Es ist daher in der Bevölkerung der Bürgermeisterei Sulzbach seit Bekanntwerden dieser Nachricht eine außerordentliche Beunruhigung hervorgerufen worden.

An die Regierungskommission des Saargebietes,der durch das Saarstatut die Sicherung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung übertragen wurde, richten wir die dringende Bitte, sich unverzüglich mit der Direktion der französischen Grubenverwaltung ins Benehmen zu setzen und auf sie einzuwirken,daß die beabsichtigte Stillegung der Grube Altenwald mit ihren außerordentlichen Schäden für die gesamte Bevölkerung der Bürgermeisterei Sulzbach vermieden wird."

Es ist heute morgen so eine Art Wettstreit entstanden in der Einbringung der Anträge. Für uns ist es viel wichtiger, wenn die Regierungskommission irgend einen Antrag berücksichtigt, als festzustellen, wer den Antrag eingebracht hat.

Wir haben in unserem Antrag darauf hingewiesen, daß nicht nur die Bergarbeiter von diesen Grubenstillegungen betroffen werden, sondern vor allen Dingen auch der Mittelstand, die Handel-und Gewerbetreibenden. Wir haben die Regierungskommission zum so und so vielten Male darauf hingewiesen, daß sie nach dem Saarstatut für die Sicherung der Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung verpflichtet ist. Wir möchten noch hinzufügen, wenn sie ernstlich etwas unternehmen will, kann sie sich vielleicht an das Internationale Arbeitsamt in Genf wenden, bei dem der französische Einfluß noch außerordentlich stark ist. Vielleicht gelingt es der Regierungskommission, diese Maßnahmen der Bergwerksverwaltung zu verhindern.

Herr

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Herr Kiefer hat über die Einfuhr polnischer Kohle gesprochen. Wir wissen, daß wir Kohlen einführen müssen als Zusatz zur Bereitung von Koks. Es wird Kohle eingeführt aus dem Aachener Bezirk, Magerkohle aus dem Aachener Bezirk, aus Holland und Belgien, ferner auch aus dem Ruhrgebiet. Diese Kohle dient zur Verbesserung der Saarkohle, da wie Sie wissen werden, die Saarkohle für gewisse Zwecke nicht geeignet ist. Die Einfuhr polnischer Kohle hat damit nichts zu tun, sie kommt nur als Hausbrand zur Verwendung. Nach unseren Informationen hat sich ein gewiegter Händler ein Kontingent verschafft, und es steht zu befürchten - da das Geschäft des Händlers nicht ohne Beziehungen zu maßgebenden Stellen sein wird- daß die Einfuhr anderer Kohle verhindert wird. Der Industrie kann durch ein Einfuhrverbot Schwierigkeiten gemacht werden. Viel besser wäre es, um das Geschäft zu verhindern, wenn man die Kohlen im Saargebiet im Preise senken würde, daß sie konkurrenzfähig würden. Man mag dem preußischen Bergfiskus nachsagen, was man will, man muß aber zugestehen, daß er zu jeder Zeit eine protektionistische Preispolitik getrieben hat, d.h. es wurden für die Industrie und für den Hausbrand Preise festgesetzt, die konkurrenzfähig waren. Wenn die Regierungskommission auf die Bergwerksverwaltung in der Weise einwirkt, dann werden die Hoffnungen des Händlers, mit der polnischen Kohle ein Geschäft zu machen, bald zu nichts werden. Sie muß sich aber beeilen, bevor das Geschäft gemacht ist.

Der Sprecher der Sozialdemokraten hat sich wieder mit dem Problem der Arbeitslosigkeit befaßt, und ich kann zu meiner Freude feststellen, daß ich mich mit ihm in der Beurteilung der Dinge, die er erwähnt hat, in Übereinstimmung befinde. Ich bin auch mit ihm einer Meinung, daß die Ausweisung deutscher Arbeiter ein falscher Weg ist. Das Betrübliche an der Angelegenheit ist nur, daß gewisse Beamte garnicht eifrig genug sein können in der Verfolgung dieser Ziele der Regierungskommission. Es wäre an der Zeit, wenn man diesen Parteibuchbeamten einmal klar macht, daß es nicht ihre Aufgabe ist, den Polizeiknüppel noch heftiger zu schwingen, als dies vorgeschrieben ist, daß der Weg falsch ist und daß der deutsche Arbeiter nicht etwa ein Fremdling ist, sondern ebenso gut ein Recht hat im Saargebiet zu arbeiten wie der Arbeiter aus dem Saargebiet selbst.

Ich befinde mich auch im Einklang mit dem Sprecher der Sozialdemokraten, wenn er darauf hinweist, daß die beste Maßnahme die Arbeitsbeschaffung ist. Bei der Gelegenheit kann man daran denken, daß es gut wäre, daß man jetzt die im Vorjahre geplante Einführung der Kunze-Knorr Bremse für die Güterzüge in Angriff nimmt. Die Ausführungsfirma hat versichert, daß über 50 Prozent des ganzen Wertes hier im Saargebiet als Arbeitsleistung anfallen würden. Die Regierungskommission hat eine Anleihe von 150 Millionen Franken gutheißen lassen. Vielleicht ist es ihr möglich, eine Rate für dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm herauszuziehen. Bei dieser 150-Millionenanleihe muß man allerdings ein Fragezeichen machen. Die Regierungskommission hat wohl die Zustimmung des Völkerbundes gefunden aber von einer Begebung hört man nichts mehr. Die Sache ist dringlich und wenn nicht bald etwas geschieht, müßte man annehmen, daß der französische Finanzminister weniger daran denkt, dem Saargebiet zu helfen als für Frankreich ein Geschäft herauszuschlagen. Frankreich schwimmt im Gold, und wenn er nicht wünscht, daß ihm diese Absicht unterschoben wird, dann muß er sich beeilen, die Anleihe hereinzuholen.

Bei der Besprechung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierungskommission ist garnichts herausgekommen. Es wurden uns akademische Vorlesungen gehalten; das Resultat war gleich <u>null.</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

null. Eine Arbeitsbeschaffung ließe sich auch auf folgendem Wege erzielen, -und jetzt kommt was für Sie (zu d.Kommunisten) Sie wissen, daß in Rußland große Investitionen vorgenommen werden und Rußland wendet sich an die Welt,diese Aufträge unter zu bringen. Es wäre meiner Auffassung nach nichts Verwerfliches, wenn die hiesige Industrie sich bemühen würde, Aufträge hereinzuholen. Rußland hat alles,nur kein Geld. Um sich die nötigen Mittel zu beschaffen, ist es gezwungen, seine Produkte auf den Weltmärkten zu verkaufen, die weit unter den Gesteheungskosten liegen. Diese Preise sind nur dadurch erklärlich, daß das Volk unter einem ungeheuerlichen Druck gehalten wird. Die Berichte über Rußland gehen auseinander, aber soviel steht fest, daß alle, auch die Vertreter der Kommunisten durchaus der Meinung sind,daß es in Rußland jetzt nicht besser aussieht als in irgend einem anderen Land. Die Meinungen sind nur darin verschieden, ob das ein vorübergehender Zustand ist oder ob er von längerer Dauer sein wird, wenn die Kapitalbildung abgeschlossen ist. Hierin gehen die Meinungen auseinander. Sicher ist aber, daß dort ein großes Elend herrscht und daß Rußland sich emporhungern will. Es ist Ihnen bekannt, daß alle Russengeschäfte bezahlt werden mit Wechseln, die 21 bis 28 Monate Laufzeit haben. Auf diese Bedingungen kann kein Land eingehen. Im Reich ist man dazu übergegangen, 70 % dieser Wechsel durch das Reich zu garantieren, wodurch die Wechsel diskontfähig geworden sind. Es wäre unserer Meinung nach ein guter Schritt, wenn die Regierungskommission sich damit befassen würde, wie sie die Russenwechsel diskontfähig machen könnte. Man muß bedenken, daß ein Auftrag von 100 000 Tonnen für die Eisenindustrie soviel bedeuten würde, daß nicht allein 100 000 Tonnen Stahl, sondern auch 200 000 Tonnen Kohlen in Frage kämen, was 5 Arbeitstagen für die Saargruben bedeuten würde. Das wäre eine Förderung der Wirtschaft im allgemeinen.

Wenn die Regierungskommission sich dazu entschließen könnte, die Russenwechsel zu garantieren, dann würden größere Aufträge auf das Saargebiet entfallen. Bei der Gelegenheit möchte ich darauf aufmerksam machen, was vielleicht auch die Regierungskommission in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen hat. Für derartige Dinge fehlt uns im Saargebiet ein Zentral-Geldinstitut. Ich möchte den Herrn Staatskommissar bitten, daß er die Regierungskommission darauf aufmerksam macht,daß sie sich mit Vertretern von Handel und Industrie zusammensetzt, um zu beraten, ob es nicht richtig wäre, im Saargebiet eine

Giro-Zentrale

zu bilden. Allerdings dürfte diese Zentralstelle nicht so aussehen, wie die seinerzeit von der Regierungskommission mit großem Tamtam ins Leben gerufene Bodenkreditbank, die dazu dienen sollte, eine Belebung der Bauwirtschaft herbeizuführen. In Wirklichkeit aber hat das Institut aber nur so lange funktioniert, als für die Franzosen große Vorteile herausprangen. Vielleicht war eine ganz nette Nebenwirkung noch die, daß ein Beamter dieser Bank sich in Paris anläßlich der Kolonialausstellung als Vertreter der Saarländer aufspielen konnte. Das ist eine Nebenwirkung, die nicht gewünscht wird. Wir bitten die Regierungskommission, daß sie in loyaler Weise mit den Vertretern der Wirtschaft im Saargebiet und ohne Nebengedanken,Frankreich große Vorteile zuzuschanzen,berät. Sonst müßten wir auf diese überaus wichtige Sache heute schon verzichten.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4

Was die

Erwerbslosenunterstützung

anbelangt, liegen zwei Anträge vor vom Zentrum und von den Sozialdemokraten. Wir sind bereit, in Beratungen über die Erwerbslosenunterstützung einzutreten. Wir können uns nicht die Anträge so ohne weiteres zu eigen machen, weil noch manches zu reden ist, wenn es auch nicht so ist, wie eine hiesige Zeitung mit dicker Überschrift einen Artikel gebracht hat, ich hätte mich als Vorsitzender der Handwerkskammer an die Regierungskommission gewandt, die Erwerbslosenunterstützungssätze zu ermäßigen. Ich weiß nicht, ob das aus Leichtfertigkeit oder Böswilligkeit geschehen ist.

Es wurden dann von dem Redner des Zentrums

die Einfuhrverbote

im allgemeinen behandelt. Ich kann ihm durchaus zustimmen, wenn er darauf hinweist, daß die Regierungskommission etwas unternehmen müßte. Nach den in Berlin stattgefundenen Besprechungen zwischen französischen und deutschen Ministern kam eine Bekanntmachung der französischen Regierung heraus, die die Einfuhr von Milchprodukten verbietet. Kurz vorher ist schon ein Verbot ergangen bezgl. der Einfuhr von Holz, Hopfen usw. Wenn man auch das Verbot der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte damit begründen kann, daß die französische Landwirtschaft dadurch geschützt wird, so kommt man doch unwillkürlich auf den Gedanken, als sei dies ein freundlicher Akt besonders deshalb, weil diese Verbote im Anschluß an die Ministerbesprechungen stattfanden.

Der Sprecher der Sozialdemokraten hat darauf hingewiesen, daß die Regierungskommission nach wie vor ihre Gelder bei französischen Banken anlegt. Es ist nicht bekannt geworden, daß sie Lehren gezogen hätte aus den Erschütterungen, denen nun auch französische Banken ausgesetzt sind. Wir haben die Regierungskommission gewarnt, daß sie nicht so vertrauensselig sein sollte gegenüber französischen Banken. Ich kann nicht verstehen, daß sie der Banque Nationale de Crédit, die doch wiederholt stützungsbedürftig war und die durch die letzte Erschütterung beinahe zu Fall gekommen wäre, ihr Geld anvertraut. So sicher wie die Banque National de Crédit sind die im Saargebiet bestehenden Banken sicher. Es wäre zu begrüßen, wenn Herr Morize mehr den Kopf als das Herz sprechen ließe und das Geld den hiesigen Banken zur Verfügung stellen würde. Das würde der Wirtschaft des Saargebietes zum Vorteil gereichen. Zur Wahrung der Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung ist die Regierungskommission, also auch ihr „Finanzminister" verpflichtet.

In den letzten Wochen sind ja in der Presse häufig die

Spitzengehälter der Kommunalbeamten

erwähnt worden. Wir haben vergeblich darauf gewartet, daß auch noch die Spitzengehälter der Regierung erwähnt werden, nicht nur der Regierungskommission, die ja sehr große Gehälter bezieht und noch mehr - ich nehme an, daß die Nachrichten darüber in die Öffentlichkeit gekommen sind - noch mehr Aufwandsentschädigungen, die ja nicht nachgewiesen werden können, die uns auch nie bekannt werden. Nicht nur die Gehälter der Regierungskommission, sondern die einer ganzen Reihe Parteibuchbeamten, die nichts haben, als daß sie einer Partei

Partei angehören, das sind die saarländischen Ministerialräte, Direktoren, Regierungsräte usw. Es wäre zweckmäßig, nachzuforschen, in welchem Verhältnis die Leistungen dieser Leute zu ihrem Einkommen stehen. Wir sind erfreut über die energischen Worte des Vertreters der Kommunistischen Partei, es ist die offizielle. Wir freuen uns darüber, daß sich der Vertreter dieser Partei offen dafür eingesetzt hat. Das aufrechte Verhalten des Herrn Reinhard wird bei der Bevölkerung mehr Anklang finden, als das unsinnige Verhalten der linientreuen vor einiger Zeit. Wir beglückwünschen Sie (zu Herrn Reinhard) dazu, Sie werden ganz bestimmt auch in Ihren Reihen Beifall finden, wenn Sie sich umgestellt haben. Es ist das durchaus nicht höhnisch, sondern ehrliche freudige Überzeugung. Es ist richtig, Sie befinden sich mit Ihren Ansichten in Übereinstimmung mit uns, wenn Sie auch gelegntlich das Nationale betonen.

Sie verlangen

Steuerfreiheit für die minderbemittelten Radiobesitzer.

Das ist ein Antrag, der sich hören läßt. Das ist durchaus richtig. Das ist positive Arbeit. Ich muß Ihnen den Schmerz bereiten, daß ich zu Ihren Anträgen keine Stellung nehme. Wir haben wiederholt versucht, mit den Kommunisten beider Richtungen irgendwelche Anträge, die sicher den Beifall der Bevölkerung gefunden hätten, gemeinsam zu formulieren. Wir sind immer wieder zurückgewiesen worden. Vielleicht trägt das Schuld, wenn wir sagen, wir nehmen von den Anträgen keine Kenntnis mehr. Sie werden das zugeben. Das ist ausgleichende Gerechtigkeit, keine Boshaftigkeit. Wenn Sie aber zukünftig mit dem gesamten Landesrat, wie das früher geschehen, gemeinsam Anträge einbringen und befürworten, dann steht dem nichts im Wege, daß wir uns wieder mit Ihren Anträgen befassen. Bis dahin nehmen wir keine Notiz davon.

Den Anträgen, die sonst eingebracht wurden, treten wir bei mit Ausnahme der Einschränkungen, die wir gemacht haben.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Pfordt beklagt sich, daß seine Partei vorstellig aber nicht empfangen worden sei. Zur Richtigstellung habe ich folgendes mitzuteilen: Ich habe mit den zuständigen Herren gesprochen und erfahren, daß die Regierung in ihrer letzten Sitzung die zuständige Stelle beauftragt hat, eine Abordnung zur Entgegennahme ihrer Wünsche zu empfangen, und daß diese Mitteilung auch schon am 10.ds.Mts. an Sie abgesandt wurde. Ich nehme an, daß sie inzwischen in Ihren Besitz gelangt ist.

Die Vorwürfe, die von dem Abgeordneten Pfordt erhoben worden sind, die Polizei würde Spitzel anstellen, die den Leuten Revolver zustecken, muß ich natürlich als durchaus unbegründet zurückweisen. Ich möchte den Mann sehen, der es nicht merkt, wenn man ihm einen Revolver in die Tasche steckt, besonders dann noch, wenn sich zwei Herren bemühen, diese Arbeit vorzunehmen.

Der Abgeordnete Kiefer ist der Auffassung, die Regierungskommission habe leichtfertig bei Aufstellung ihres Arbeitslosenetats gehandelt. Auch dieser Auffassung muß ich entgegentreten. Sie wissen, daß der Etat ein Voranschlag für nächstes Jahr ist, und daß die Entwicklung der Krise die Annahmen bei Aufstellung des Etats nicht bestätigt hat. Die katastrophale Entwicklung der Wirtschaftskrise konnte tatsächlich nicht vorausgesehen werden.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg. Weiß (KPO): Meine Herren! Es ist heute morgen bereits sehr viel über die

Erwerbslosenfrage

geredet worden. Es ist ferner davon geredet worden, daß soziale Institute zusammengebrochen sind, bezw. vor ihrem Zusammenbruch stehen. Nach meinem Dafürhalten ist aber sehr wenig auf die Lage, in der sich die Arbeiterschaft, die sich noch im Produktionsprozeß befindet, eingegangen worden. Dabei muß aber zu gleicher Zeit festgestellt werden, daß es der Industrie bei weitem nicht so schlecht geht, als allgemein immer von den Herren Unternehmern dies tagein und tagaus behauptet wird.

Ich will versuchen, einen kleinen Überblick über die Lage der Arbeiter im Betrieb zu geben und dabei auch ein paar Worte über die

allgemeine Wirtschaftskrise

sagen. Wir befinden uns allerdings in einem schroffen Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Lieser der da sagte: „er wolle nicht darüber reden, ob die Notverordnungen im Reich zu Recht oder zu Unrecht bestehen würden, ob eine oder mehre notwendig gewesen seien, er wolle nur darüber reden, was im Saargebiet geschehen sei." Herr Lieser vergißt eins dabei und zwar, daß doch die Vorgänge, wie sie sich im Reiche abspielen, logischerweise sich auch auf das Saargebiet übertragen, und daß die Einstellung der Regierungskommission keine andere ist, als die der Brüningregierung. Wenn man sich ernsthaft mit den Dingen beschäftigt, dann kann man nicht sagen, wie dies Herr Lieser getan hat, wir haben mit den Dingen nichts zu tun, laßt uns ungeschoren, wir befinden uns hier im Völkerbundsland. So gehen nun einmal die Dinge nicht. Wir haben doch nun schon sehr oft erlebt, daß man alle Verschlechterungen, die man im Reich eingeführt hat, daß dieselben Verschlechterungen hier eingeführt wurden, ehe sie im Reich eingeführt waren. Ich erinnere nur an die letzte Notverordnung, die insbesondere starke Eingriffe in d Tarifrecht gegen die Gewerkschaften enthält, die auf die vollständige Beseitigung des Tarifrechts hinausläuft. Alles das muß doch den Arbeitervertretern der Saarbevölkerung zu denken geben, denn das, was die Unternehmer im Reich fordern und durchführen, wird im Saargebiet logischerweise ebenfalls durchgeführt werden.

Ein Vertreter der französischen Sozialdemokratie, ich glaube, es war B l u m gewesen, hat vor kurzem darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Reisen und Besuche der einzelnen Minister der verschiedensten Länder nur dazu beigetragen hätten, um sich zu verständigen, um den Lohn in allen Ländern abzubauen. Dies alles geschieht mit der schönen Phrase "Verständigung der Völker Europas." Den Beweis liefer uns dazu England. Als der Landesrat vor einigen Monaten in Ferien ging, da hofften noch verschiedene auf den Stern, der in England aufgehen sollte. Sie glaubten, daß England in der Lage sei, uns aus der Wirtschaftskrise zu helfen. Anstatt uns zu retten, mußten selbst in England die Bankschalter geschlossen werden und zwar unmittelbar nach der Rückkehr

Macdonalds

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4 I

Macdonalds aus Deutschland. Macdonald fand nach seiner Rückkehr aus Deutschland nichts anderes vor als er in Deutschland gesehen hatte. Wenn ferner immer und immer wieder insbesondere aber von den bürgerlichen Parteien behauptet wird, die Tributzahlungen, die wir zu leisten hätten, seien Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, so entspricht das keineswegs den Tatsachen. Dabei soll aber nicht der geringste Anschein erweckt werden, als würden wir für die Tributzahlungen sein. Im Gegenteil. Wir als Kommunisten haben von jeher die Annullierung dieser Verträge gefordert. Wir stellen demgegenüber fest, daß es nicht wahr ist, daß dies die Hauptursache der Krise ist, denn sonst müßten die andern Länder, wie Frankreich, England und Amerika von dieser Krise verschont bleiben. Frankreich, das Land, das heute über den größten Goldbestand der ganzen Welt verfügt, wird ohne Zweifel auch noch mit in den Strudel hineingerissen werden wie dies in Deutschland, England usw. schon geschehen ist. Es sind eben nur die inneren Widersprüche des kaoitalistischen Systems und daran scheitern auch alle ihre Versuche und Vorschläge, die sie als Mittel anpreisen, um aus dieser Krise herauszukommen.

Eine der größten bürgerlichen Zeitungen Deutschlands, die Frankfurter Zeitung, die bestimmt nicht in dem Geruch der Arbeiterfreundlichkeit steht, schrieb vor einigen Wochen: "Laßt den Kapitalismus sterben." Sie sehen daran, daß diese Leute, die die Dinge etwas objektiv beurteilen, schon längst eingesehen haben, daß mit all ihren Wirtschaftsplänen und ihren theoretischen Auseinandersetzungen nicht mehr weiter zu kommen ist.

Wir befinden uns aber auch im Gegensatz zu der Auffassung des kommunistischen Vertreters, der da glaubt, einen Freiheitskongreß für das Saarvolk organisieren zu müssen. Zu dem Saarvolk gehört auch Röchling, der bestimmt nicht mehr befreit zu werden braucht, dazu gehören auch die Nationalsozialisten, die die Arbeiterklasse vollständig entrechten wollen. Was notwendig ist, ist die Befreiung der Arbeiterklasse, eine Verwischung der grundsätzlichen Forderungen ist nicht am Platze. Ich gebe zu,daß Euch diese Dinge unangenehm sind, aber wir werden nicht ruhen und rasten und Euch zwingen, eine wirkliche kommunistische Politik zu treiben. Es kann doch jedenfalls von Euch nicht mehr bestritten werden, daß Ihr erst durch unsere ständige Kritik gezwungen ward, Euren Kurs in der Frage der französischen Schule zu ändern und wir werden auch in der Zukunft nicht ruhen, um Euch, so wie die sozialdemokratischen Führer, zu zwingen, eine Politik zu treiben, damit die Arbeiterklasse zum einheitlichen Handeln gegen die Reaktion gelangt.

Meine Herren! Ich sagte bereits, daß die Lage der Arbeiterschaft, die sich noch im Produktionsprozeß befindet, einmal beleuchtet werden solle. Und wenn Herr Kiefer heute eine so wuchtige Anklagerede gehalten hat, so kann ich ihm nur empfehlen, diese Rede, die er hier gehalten hat,seinem Parteifreund Koßmann, der doch im wesentlichen für diese Dinge zu 99 % verantwortlich ist, diesem Parteibuchbeamten - wie Herr Schmelzer sagte - einige Tage ein paarmal vorzulesen. Dieser Mann ist es ja gerade, der auch jetzt wieder einen neuen reaktionären Kurs gegen die Erwerbslosen eingeleitet hat und Herr Kiefer, Sie sind mitverantwortlich für diese Dinge, weil Sie und Ihre Partei die Regierung in all ihren reaktionären Handlungen unterstützen. Sie haben hier lediglich aus agitatorischen Gründen eine Rede gehalten, um die Landeszeitung vollschmieren zu können und um draußen bei den Arbeitern den Eindruck zu erwecken, als würden Sie die Interessen der Arbeiter vertreten.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

vertreten.

Und nun ein paar Worte über den

Produktionsrückgang in der Industrie.

Es wurden hier bereits Zahlen genannt. Wir wissen, daß Feierschichten und Kurzarbeit fast in allen Betrieben des Saargebietes eingeführt bezw. eingelegt worden sind, wir wissen aber auch, daß es der Industrie bei weitem nicht so schlecht geht, wie es die Herren Unternehmer immer wieder erzählen. Zum Beweis möchte ich Ihnen einige Zahlen vom Röchling'schen Eisen- und Stahlwerk unterbreiten. Ich bitte Herrn Röchling, aufzupassen, wie es in seinem Betriebe aussieht.

Im Jahre 1927 hatte das Röchling'sche Eisen-und Stahlwerk sowie das Edelstahlwerk bei einer Belegschaft von etwa 6500 eine Versandziffer von etwa 37 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt ohne Nebenprodukte zu verzeichnen.

Im Jahre 1929, wo noch einigermaßen normale Verhältnisse bestanden, betrug die Versandziffer etwa 33 000 Tonnen bei einer Belegschaft von etwa 7400.

Im Jahre 1930 betrug die Versandziffer etwa 28 000 Tonnen bei einer Belegschaft von etwa 6500 und im Jahre 1931 betrug die Versandziffer, wenn wir die ersten 8 Monate zu Grundelegen etwa 35000 Tonnen bei einer Belegschaft von etwa 6300.

(Zuruf des Abg.Röchling(DSV): Das ist Blech!)

(Zurufe von links: Schwindelbilanz,Finanzamt mitteilen)

Wir wissen, Herr Röchling, daß Sie diese Zahlen bestreiten, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß meine Angaben nun doch stimmen. Es steht also fest, daß trotz der vielen Feierschichten, die man im Jahre 1931 eingelegt hat, die Versandziffer nur etwa 2000 Tonnen geringer ist als im Jahre 1927, ja, daß die Versandziffer im Monatsdurchschnitt in den ersten 8 Monaten d.Js. sogar noch 2000 Tonnen höher ist als im Jahre 1929, obwohl die Belegschaft um über 1000 Arbeiter reduziert worden ist.

Ferner muß noch besonders berücksichtigt werden, daß heute im Werksdurchschnitt faßt jeder Arbeiter mindestens zwei Feierschichten im Monat hat. Wir haben also trotz Feierschichten,Kurzarbeit und Entlassungen heute eine Versandziffer zu verzeichnen, die nicht hinter den Jahren von 1924,1925 und 1926 zurücksteht. Herr Röchling sagt wieder, die Angaben würden nicht stimmen. Nun, ich will Ihnen nur einen Beweis bringen, wie man uns bereits in der Vergangenheit versucht hat, zu belügen.

Bekanntlich hat Röchling im Jahre 1924 im September seine Belegschaft ausgesperrt mit dem Ziel, den Achtstundentag zu beseitigen und einen Lohnabbau durchzuführen. In einem Anschlag, unterschrieben von den Herren Direktoren: Reitböck, Reimann,Hanisch usw., gerichtet an die Belegschaft teilte man mit, daß der Lohnanteil pro Tonne Fertigfabrikat von 20 Mark in der Vorkriegszeit auf 36,50 Mark in den letzten 3 Monaten gestiegen sei. Und im Februar 1924 also einige Monate früher hatte man uns mitgeteilt, daß der Lohnanteil von 20 Mark in der Vorkriegszeit auf 43 Mark gestiegen sei. Hier sehen Sie, daß hier ein offensichtlicher Betrug vorliegt. Wenn Herr Röchling uns erzählt, er würde nichts verdienen, so ist das eine Unwahrheit. Und wenn Herr Röchling meine Angaben bestreitet, so bitte ich, ihm in der nächsten Landesratssitzung

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

den Gegenbeweis für meine Behauptungen anzutreten. Sie, Herr Röchling, machen trotz Wirtschaftskrise immer noch ein gutes Geschäft. Sie haben nicht nur Feierschichten eingelegt und Arbeiter entlassen, Sie sind noch obendrein dazu übergangen und haben trotz Bestehen des Tarifvertrages seit März ds.Js, einen Lohnabbau durchgeführt, der im Werksdurchschnitt 12-13 % beträgt.

(Zuruf des Abg.Röchling(DSV): Das stimmt nicht, der Lohnabbau beträgt nur 5 %, der Lohn wurde von 88 Pf. auf 83 Pf.reduziert.)

Herr Röchling, Ihre Zahlen stimmen nicht, Sie haben, wie ich schon einmal behauptet habe, den Lohn um 12 - 13 % abgebaut.

Meine Herren! Die Spitzenverbände der Unternehmer haben kürzlich eine gemeinsame Erklärung an den Reichskanzler gesandt. In dieser Erklärung heißt es u.a.:

"Das Deutsche Volk steht vor der Erschöpfung seiner wirtschaftlichen Kräfte. Wenn es nicht gelingt, noch im letzten Augenblick durch ein entschlossenes Eingreifen eine neue Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verhüten und die Grundlagen für ihre dauernde Verminderung zu schaffen, drohen unserem Vaterlande die schwersten Gefahren für alle materiellen,ideellen und kulturellen Werte der Nation. Die unterzeichneten Verbände der deutschen Wirtschaft haben sich seit 1925 in zahlreichen Erklärungen und Mahnungen bemüht, die Regierungen und die Parlamente davon zu überzeugen, daß die bisherige Politik nicht nur wirtschafts-,sondern auch volksschädlich gewirkt hat. Ihre Ratschläge sind immer wieder mißachtet worden. Wenn sie in diesem, für das Schicksal deutscher Gegenwart und Zukunft entscheidenden Tagen nochmals einheitlich ihre Stimme vor dem deutschen Volk, der Reichsregierung und den Parteien erheben, so fordern sie Beachtung und Gehör als Sprecher des staatsbürgerlichen Willens von Millionen deutscher Bürger. Es sind nationales Verantwortungsgefühl und tiefe menschliche Sorge um das seelische und wirtschaftliche Sein der unter den gegenwärtigen Notständen besonders schwer leidenden Arbeitslosenmassen, die zu dieser Erklärung veranlassen."

Man fordert also eine weitere Senkung der Löhne und Gehälter, Beseitigung des Tarifrechts überhaupt und eine weitere Verschlechterung der Sozialgesetzgebung. Diese Erklärung bedeutet aber nichts anders als eine Provokation der Arbeiterschaft gegenüber, denn erst schmeißt man hunderttausende,ja Millionen von Arbeitern aus den Betrieben heraus und dann erklärt man großspurig:" es sei nationales Verantwortungsgefühl und tiefe menschliche Sorge um das seelische und wirtschaftliche Sein der unter dem gegenwärtigen Notständen besonders schwer leidenden Arbeitslosenmassen, die sie zu dieser Erklärung veranlaßt hätten." Einen größeren Betrug, den man hier an den Erwerbslosen begangen hat, kann man sich wohl kaum vorstellen.

Meine Herren! Zum Schluß noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Vertreters der Kommunistischen Partei. Er sagte, es sei ein Zeichen der Schwäche seitens der gegenwärtigen Regierung, wenn sie mit Notverordnungen regieren würde,es seien Feiglinge. Nun, wenn das so ist, dann muß man sich nur wundern, wie es möglich ist, daß der Arbeiterschaft immer größere Lasten aufgebürdet werden, ohne einen ernsten Widerstand der Arbeiter. Es ist kein Wunder, wenn die Schlagkraft der Arbeiterklasse immer mehr geschwächt wird,wenn diese Leute

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Leute eine solche konfuse Politik treiben. Ihr werdet die Arbeiterschaft nur enttäuschen,

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Du hast Dein ehrlich Teil dazu beigetragen.)

und wenn die Stunde des Handelns herannaht, werdet Ihr versagen.

Wie naiv die Politik der heutigen K.P.D.Führung ist, geht auch noch aus folgendem hervor. Das Zentralkomitee der K.P.D. verlangt von der Brüningregierung nach den letzten Meldungen der Presse, die Verhaftung von Hitler,Hugenberg,Seldte usw.

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Wo hast Du denn das her ?)

Die Saarbrücker Zeitung hat diese Meldung heute morgen gebracht.

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Da mußt Du es ja glauben!)

Nun, Genosse Hey, Du bist der Auffassung, daß diese Meldung nicht den Tatsachen entspricht, aber es wird nicht lange mehr dauern und Du wirst eines Besseren belehrt werden, wenn es nämlich die Arbeiterzeitung selbst bringt. Leider liegt das Kräfteverhältnis gegenwärtig infolge der Tolerierungspolitik der S.P.D. einerseits und der R.G.O.Politik anderseits gerade umgekehrt, wie es der Vertreter der K.P.D.gekennzeichnet hat. Und wenn Sie es sogar noch fertigbringen über Ihre eigenen Ausführungen, die Sie zur Harzburger Tagung machten, zu lachen. dann beweisen Sie nur noch mehr, wie weit Sie bereits gesunken sind. Die Harzburger Tagung vom letzten Sonntag ist eine ernste Angelegenheit und wenn sich die Faschisten aller Richtungen am letzten Sonntag noch nicht zu 100 % geeinigt haben, so liegt es nur noch daran, weil man sich darum streitet,wer die alleinige Führung bekommen soll. Sie sind sich aber vollständig einig in einer Frage, nämlich in der Niederwerfung der Deutschen Arbeiterklasse. Wir als Vertreter der kommunistischen Opposition werden der Arbeiterklasse die gewaltige Gefahr des Faschismus, die ihr droht, aufzeigen und sie mobilisieren für den einheitlichen und geschlossenen Kampf gegen den Faschismus. Ihr habt uns nun schon seit zwei Jahren als "Renegaten" beschimpft und verleumdet, aber es wird die Stunde noch kommen, wo Ihr zu beweisen habt, was Ihr könnt. Wir haben bisher die Fahne des Kommunismus nicht verlassen und wir werden das Banner des Kommunismus noch hochhalten, wenn andere, die uns als Renegaten beschimpft haben, schon längst das Kampffeld verlassen haben.

(unverständliche Zurufe der Kommunisten)

Nun,ich glaube, daß Euch die Dinge nicht gerade so angenehm sind, aber wir werden nicht schweigen im Interesse der Arbeiterklasse. Ehrliche Arbeiter werden aus der K.P.D.ausgeschlossen, dafür werden faschistische Offiziere und Pfaffen heute in der K.P.D.aufgenommen und spielen dort die erste Geige. Ist es nicht geradezu ein Skandal, was sich der Pfaffe Eckert in der K.P.D. heute erlauben darf ? Dieser Mensch schrieb noch zwei Tage vor seinem Eintritt in die K.P.D. in seiner religiösen Zeitung, daß uns der Herrgott nur aus diesem Elend befreien könnte. Pfui Teufel, für solche Bundesgenossen danken wir, mit solchen Elementen haben wir wahrhaftig keine Gemeinschaft.

Und

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Und wenn der Abgeordnete Pfordt erklärte, daß Ihre R.G.O.Funktionäre auf der Völklinger Hütte gemaßregelt seien, so entspricht das nicht den Tatsachen. Pfordt hätte am besten darüber geschwiegen. In Wirklichkeit lagen dort die Dinge so,daß, nachdem das R.G.O.Mitglied Zett gekündigt bekommen hatte, die Kündigung nach Verhandlungen mit dem freigewerkschaftlichen Arbeiterausschuß wieder zurückgenommen worden ist. Zett verlangte aber seine Papiere mit dem Bemerken, es dauerte ja doch nur noch einige Wochen und dann würde die Revolution gemacht. Zett hat also in Völklingen freiwillig das Kampffeld auf der Hütte verlassen.

Bezüglich der Anträge für die Erwerbslosen,schließen wir uns den vorgelegten Anträgen an, es sind die Anträge, die wir bereits vor Monaten eingereicht haben. Wir beantragen nur noch eine Ergänzung bezüglich der Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung. Gegenwärtig ist es ja so, daß die Kurzarbeiterunterstützung durch den Arbeitsnachweis ausbezahlt wird. Dadurch kommt es vor, daß der betr. Arbeiter , der Kurzarbeiterunterstützung beziehen will, 4 bis 6 Wochen warten muß,ehe er sein Geld bekommt. Wir beantragen, daß die Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung durch die Unternehmer vorgenommen wird und zwar sofort am Zahltag.

Noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Schmelzer. Er sagte, Rußland hätte alles, nur kein Geld.Nun, Herr Schmelzer scheint gar nicht zu merken, was sich zum Beispiel gegenwärtig in England abspielt. Das englische Pfund, das an der Börse bisher gleich nach dem Dollar kam, hat einen gewaltigen Sturz gemacht. Was nützt ihnen das Geld, wenn sie nichts dafür bekommen. Ich gehe mit Herrn Schmelzer einig in der Frage der Garantie durch die Regierung bezüglich der Russenaufträge.

(Zurufe v.d.Kommunisten: Seht Ihr die Einheitsfront)

Was soll Euer Zwischenruf bedeuten ? Ich frage Euch, seid Ihr nicht dafür, daß die Regierungskommission die Garantie für die Russenaufträge übernehmen soll.

(Widerspruch bei der K.P.D.)

Ich frage Euch noch einmal, seid Ihr dafür oder dagegen. Ihr sagt weder ja noch nein, Ihr seid also dagegen, daß die Regierung die Garantie übernimmt. Wir als Vertreter der Kommunistischen Opposition haben nicht nur verlangt, daß drüben im Reich die Regierung die Garantie für die Russenaufträge übernehmen soll. Wir fordern dasselbe von der Regierungskommission des Saargebietes. Nicht etwa aus Liebe zu Herrn Schmelzer oder Herrn Röchling tun wir dies, sondern aus Liebe zur russischen und deutschen Arbeiterklasse. Herr Schmelzer sowie Herr Röchling würden auch nicht eine einzige Lieferung nach Rußland machen, wenn bei ihnen nicht in erster Linie das Geschäft in Frage käme und wenn sie nicht selbst in dem Dreck sitzen würden. Wird die Garantie übernommen, so bedeutet dies nicht nur einen Vorteil für die russischen Arbeiter, sondern auch für die deutschen Arbeiter, weil dadurch wenigstens für einen Teil noch Beschäftigungsmöglichkeit besteht.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Bezüglich

des Abbaues der hohen Gehälter

für die in Staat und Kommune beschäftigten Beamten, den Herr Schmelzer gefordert hat, erklären wir, daß es nicht genügt, nur diese Gehälter abzubauen. Vor allen Dingen müssen auch die hohen Spitzengehälter der Herren Direktoren usw. in der Industrie abgebaut werden. In diesem Sinne werden wir weiter arbeiten trotz allem Gekläff. Wir werden den kommunistischen Standpunkt, den wir seit Jahren vertreten haben, unbeirrt weiter vertreten. Mögen die Führer der Arbeiterklasse, die heute die Arbeiter auf einen falschen Weg führen, sich rechtzeitig ihrer Verantwortung, die auf ihnen ruht, noch bewußt werden, denn es steht heute vieles auf dem Spiele und hoffentlich ist es für die Arbeiterklasse dann noch nicht zu spät. Hoffentlich wird dann in diesem Winter noch die Entscheidung zu Gunsten der Arbeiterklasse gefällt werden.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

bg. Backes (Arb.u.Bauern-P.): Meine Herren! Über die Lage im Saargebiet ist heute ziemlich ausgiebig gesprochen worden. Daß es so kommen wird, wie es heute gekommen ist, hat man voraussehen können. Man hat es auch bereits seit einem halben Jahre eingesehen, wo man anfing, die Löhne abzubauen. Da hat man die Kaufkraft der Massen gedrosselt und da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Einkommen zurückgehen, daß die Steuerrückgänge sich häufen d.h. daß immer weniger Steuern eingehen und trotz aller Notverordnungen, die man im Deutschen Reich eingeführt hat, trotz allem Lohnabbau und Kürzung der Erwerbslosenunterstützungen usw.,Abbau der Unfall-und Kriegsbeschädigtenrenten sind die Kassen immer leerer geworden und das hätte die Regierungskommission veranlassen müssen, daran zu denken, daß hier im Saargebiet der Kurs anders gestellt werden muß. Daß das bisher nicht geschehen ist, daß man im Gegenteil denselben Kurs einschlagen will,beweist uns ja die vorliegende Verordnung. Daß durch die Grubenstillegungen die Gemeinden in ein Chaos hineingeraten, ist klar. Die Regierungskommission hat es ja leicht, weil die Ausgesteuerten den Gemeinden zur Last fallen. Damit haben sich die Gemeinden abzufinden. Wir verlangen, wie das in dem vorliegenden Antrag gefordert worden ist, daß die Erwerbslosen-Unterstützungen bis 39 Wochen bezahlt werden, ebenso, daß die Regierungskommission 5/6 der Aufwendungen für die Ausgesteuerten zu zahlen hat.

Ferner stimmen wir dem Antrag zu, daß die Zölle aufgehoben werden. Die Zölle sollen heruntergesetzt werden. Vor einigen Monaten schon ist über den hohen Kartoffelzoll im Landesrat geklagt worden und er ist bis heute nicht aufgehoben worden.

Wir stimmen ferner dem Antrag zu, daß der Schulhausneubau in Fenne gefördert wird. Wir gehen von dem Gesichtspunkt aus, daß die Kinder den Unterricht in gesunden Schulen genießen sollen.

Dann noch eins an die Regierungskommission betr.:

Stillegung der Grube Altenwald.

Ich muß die Regierungskommission wieder an das Maybacher Unglück erinnern. Ich habe damals ausgeführt, man soll nicht immer nur an die Toten denken, sondern auch an die Lebenden. Heute ist gerade wieder Gelegenheit dazu. Die Grubenverwaltung und überhaupt alle kapitalistischen Verwaltungen jammern immer, daß die Betriebe sich nicht rentieren. Da sollte die Regierungskommission eingreifen und sagen: der Betrieb wird weitergeführt. Ich kann mich erinnern, daß man früher auf den Saargruben bei keinem so intensiven Abbau doch arbeiten konnte. Die Gruben haben Profite abgeworfen und wenn die jetzige Grubenverwaltung, die französische Bergwerksdirektion nicht mehr in der Lage ist, mit dieser reduzierten Belegschaft den Betrieb rentabel zu gestalten, dann soll sie den Betrieb abgeben. Dann werden ihn andere übernehmen. Wenn ihn die Arbeiterschaft und die Beamtenschaft übernimmt, dann wird sich der Betrieb schon noch rentieren.

Es kann schon ungefähr 10 Jahre her sein, da hat man in der deutschen Presse immer wieder gelesen: Nur Arbeit kann uns retten,und wenn man darüber nachdachte, mußte man sagen, das stimmt und heute verurteilt man ein Drittel des

Volkes

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Volkes zum Nichtstun. Wenn uns nur Arbeit retten kann und wenn das Nichtstun zum Untergange führt, dann wäre zu wünschen, daß die deutsche Regierung oder hier im Saargebiet die Regierungskommission alles in die Wege leitet, um die Arbeitslosigkeit zu beheben, selbst wenn es auf Kosten der Profite der Kapitalisten sein muß. Wir sind nicht der Ansicht, daß in Deutschland die ganze Kalamität herrührt von dem Reparationsproblem, obschon wir das auch verurteilen, weil diese Deutschland zu unrecht auferlegt worden sind. Die Wirtschaftskrise ist eine Folge des übertriebenen Kapitalismus und wenn nicht bald Einhalt geboten wird, dann wird der Kapitalismus nicht die Arbeiterschaft und das Volk ausbeuten, sondern dann wird er sich selbst das Grab schaufeln.

Betreffend der Ausweisung deutscher Arbeiter stehen wir auf dem Standpunkt, daß man doch nicht so kleinlich sein soll. Es kommt vor, daß Leute nicht einmal mit der Arbeit beginnen dürfen. Es kommen zur Winterzeit Holzfäller aus dem deutschen Reich, es sind dies Facharbeiter, welche man haben muß zum Herstellen der Eisenbahnschwellen usw. Diesen Leuten nun macht man große Schwierigkeiten. Das wäre alles nicht nötig, wenn es sich um deutsche Arbeiter handelt, da das Saargebiet doch auch zu Deutschland gehört.

Dann möchte ich mich einmal an die Kommunisten wenden und an die ganze Gesellschaft dort rechts (gemeint sind die Bürgerlichen) - Heiterkeit!).
Wenn man doch stundenlang anderen Leuten zugehört hat, dann sollten doch diese Leute sich wenigstens ruhig verhalten. Wenn sie sich unterhalten wollen, so habe ich nichts dagegen, wenn sie es nach der Sitzung machen. Wir haben auch nichts dagegen wenn sie den ganzen Landesrat einladen,dann kann bleiben wer will, man braucht aber nicht andere zu stören.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll !

Abg. Schmoll (DWP): Meine Herren! Über die beabsichtigte Stillegung der Gruben herrscht Einigkeit. Ich kann es mir hierauf einzugehen, als letzter Redner ersparen. Doch möchte ich hervorheben, daß nicht nur den Bergleuten, die direkt betroffen sind, Schaden zugefügt wird, und nicht nur den Kassen der betreffenden Gemeinden, sondern ganz besonders die bodenständige Bevölkerung, die sich am Ort angesiedelt hat, der Mittelstand,in erster Linie Handel und Gewerbe durch solche Grubenstillegungen ganz empfindlich getroffen werden und zwar deshalb, weil diese Bürger nicht ohne weiteres die Gemeinde verlassen können. Wir bitten die Regierungskommission, alles zu tun, um Grubenstillegungen zu vermeiden.

Was die Einführung von fremder Kohle ins Saargebiet anbelangt, so sind wir mit den übrigen Parteien darin einig, daß die Einfuhr von Kohle tunlichst unterbunden werden muß und nur in dem Umfange gestattet werden darf, wo die Kohle in Form von Koks unbedingt für die verschiedenen Zwecke im Saargebiet notwendig ist.

Was nun das Hauptübel der heutigen Zeit anbelangt,

die Arbeitslosigkeit,

---

so muß da mit allen Mitteln versucht werden, diese zu beheben. Wenn man auf der einen Seite diese armen Menschen sieht, die Arbeit suchen und keine finden, da kann man diesen Zustand nur tief bedauern, denn wir haben eine Menge Arbeitsgelegenheit im Althausbesitz. Diese Arbeit kann nicht durchgeführt werden, weil das Betriebskapital, die höhere Mietseinnahme fehlt. Es liegt eine außerordentliche Tragik in dieser Situation. Nehmen Sie diese Sache ja ernst. Wir sind der Meinung, daß man dem Hausbesitzer die nötigen Mittel in Gestalt höherer Miete zur Verfügung stellen soll, damit er Arbeit beschaffen kann. Die Minderbemittelten,die diese Mieten nicht bezahlen können, möge man durch Mietszuschüsse unterstützen. Damit wäre das Problem einigermaßen gelöst. Man komme mir nicht und frage, wo soll man diese Mietsunterstützungen hernehmen. Es würden mit der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft eine Befruchtung der Wirtschaft und eine Verminderung der Arbeitslosen eintreten. Dann hätten auch die öffentlichen Kassen steuerliche Mehreinnahmen, durch die diese Mietsunterstützungen nach unserer Ansicht mindestens gedeckt werden können. Vielleicht werden sogar Überschüsse entstehen. Deshalb appellieren wir nochmals an die Regierungskommission: Schaffe dieses unssinnige System der Wohnungszwangswirtschaft endlich aus der Welt. Seine Abschaffung wird vor allen Dingen den Arbeitslosen nützlich sein. Wir sind ferner der Meinung,daß man einen Teil der Arbeitslosigkeit hätte beseitigen können, wenn die Saaranleihe zustande gekommen wäre. Man versteht unter Saaranleihe vielfach die Anleihe für die Kommunen. Das ist nicht die eigentliche Saaranleihe, das ist nur eine Geldbeschaffung für die Kommunen, die der Wirtschaft verhältnismäßig wenig nützen wird. Es handelt sich hier nur um eine Umschuldung, nicht um Beschaffung neuer Kredite für wirtschaftliche Zwecke. Deshalb ermahnen wir nochmals die Regierungskommission, alles zu versuchen, um die Saaranleihe, die ja hauptsächlich für Aufgaben der Regierungskommission bestimmt ist, zustande zu bringen. Ich

hoffe,

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4

hoffe, daß es doch noch möglich sein wird. Man gebe sich keinen Hoffnungen hin, daß, wenn wir jetzt diese Aufgabe nicht lösen, Aufgaben, die die Arbeitslosigkeit stark beheben können, sie nach 1935 gelöst werden. Denn dann wir der Millionensegen nicht auf uns herniederkommen.

Was die

Verteuerung der Lebenshaltung durch Zölle

anbetrifft, von der ja schon vielfach gesprochen wurde, so stehe ich hier auf einem anderen Standpunkt. Wir haben es ja nicht in der Hand, diese Zölle festzuelegn, Frankreich hat dieselben zum Schutze seiner Landwirtschaft festgesetzt, es sind ja französische Gesetze, keine saarländischen Gesetze, französische Zollgesetze, über die auch der Trierer Bauernverein nicht im geringsten zu bestimmen hat. Sie sind ohne unser Zutun und ohne unseren Willen entstanden, aber sie nutzen etwas der Landwirtschaft. Ich möchte , daß in diesem Kreise auch bei solcher Gelegenheit einmal eine Lanze für die Landwirtschaft gebrochen würde, denn es geht - besonders in diesem Jahre - keinem Stande so schlecht, wie der Landwirtschaft. Und wenn die Landwirtschaft aus diesem Zollgesetz ungewollt einen kleinen Profit hat, dann sollte man gerade in dieser Zeit, wo sich der gesamte Lebensindex im Saargebiet gesenkt hat - er steht heute unter dem Friedensindex- doch auch einmal ein Auge zudrücken und sollte den kleinen Gewinn der Landwirtschaft gönnen.

Wir sind deshalb auch der Ansicht, daß man dem Antrag des Trierischen Bauernvereins ohne weiteres zustimmen kann, wir brauchen dazu keine Sonderberatung.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DSV): Für Holz werden Schwierigkeiten entstehen!)

Das ist durchaus richtig. Ich glaube es auch, daß für Holz usw. Schwierigkeiten entstehen. Soweit die Zölle für die Landwirtschaft aber gut sind, sollte man doch nicht immer an denselben herumkritisieren. An dieser Auffassung halte ich fest.

Was dann den einen Antrag betr.

Erlassung der Steuer auf Radioanlagen

angeht,so gefällt mir derselbe nicht recht. Wir sind der Ansicht, daß man keine Erleichterungen für Radiobesitzer schaffen soll, das Radio ist keine lebensnotwendige Einrichtung, und deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

---

rsitzender: Die Tagesordnung ist erschöpft, ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 13 Uhr .

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A.4 I